Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein!“

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30.

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M.

Nr. 7. | Berlin, 10. Februar 1933. | 14. Jahrg.

Das Baltische Institut in Thorn.

Für die wissenschaftliche Korridorpropaganda der Polen wurde am 31. August 1925 mit dem Baltischen Institut in Thorn eine Zentralstelle geschaffen, die im Laufe der letzten Jahre eine umfangreiche Tätigkeit entfaltet hat. Trotzdem sich die Mitarbeiter des Instituts größtenteils aus den Kreisen der polnischen Wissenschaft rekrutieren, tritt in seiner Arbeit das Wissenschaftliche stark hinter dem Propagandistischen zurück, da für den Geist des Instituts — als Mitglieder des Kuratoriums und des Verwaltungsrates — Männer ausgesprochener politischer Kampfeinstellung maßgebend sind: Der jeweilige Wojewode von Pommerellen, der deutschfeindliche Bischof von Culm, Dr. Okoniewski, der schlesische Wojewode Grazynski, der Präsident der Meeresliga. Kozuchowski, der Armeeinspektor Div.-General Osinski, der Präsident des Westmarkenvereins Korzeniewski u. a. m. Der erste Direktor des Instituts war der ehemalige polnische Generalkonsul in Königsberg, Stanislaus Srokowski, der sich durch seine ebenso aggressiven wie gehässigen Veröffentlichungen über Ostpreußen in Polen den Ruf eines besonders guten Ostpreußenkenners erworben hat, sich aber wegen Meinungsverschiedenheiten über die Aufgaben des Instituts sehr bald wieder hat zurückziehen müssen. Seit dem Tode seines Nachfolgers, des jungen Forschers Dr. Theodor Tyc (August 1927) ist ein organisatorisch befähigter Mann, Dr. Borowik, Direktor des Baltischen Instituts.

Borowik hat vor einiger Zeit einen Rechenschaftsbericht über die ersten fünf Jahre des Instituts, d. h. für die Jahre 1927 bis 1932, vorgelegt. Die Jahre 1925/26 kommen als eigentliche Arbeitsjahre, da das Institut damals noch im ersten Ausbau begriffen war, nicht in Betracht. Der Bericht gibt eine gute Vorstellung von der groß angelegten, systematischen Tätigkeit, die in dem Thorner Institut für die mehr oder weniger wissenschaftliche Unterbauung der polnischen Korridorpropaganda geleistet wird. Es ist interessant und lehrreich, zu sehen, wie hier mit großem Geschick die Forschungsarbeit der polnischen Wissenschaftler auf das Korridorproblem hingelenkt und in der Verfolgung eines politischen Zieles zusammengefaßt wird, und wie von hier aus an den Universitäten, in der Presse, in wissenschaftlichen und anderen Vereinigungen das Interesse an dem Problem des polnischen Meereszuganges geweckt, gefördert und aktiviert wird. Das Institut verfährt hier, nachdem es mit der Veranstaltung von Preisausschreiben wenig Glück gehabt hat, wie Borowik u. a. berichtet, in der Weise, daß es Preise für Seminar-, Magister- und Doktorarbeiten aussetzt, die durch die betreffenden Universitätsbehörden ausgezeichnet worden sind. So hat sich das Institut z. B. anläßlich der Thorner 700-Jahr-Feier, die die Polen in diesem Jahre begehen, mit den Leitern der historischen Seminare an den polnischen Universitäten in Verbindung gesetzt und den Rektoren Mittel für Preise zur Verfügung gestellt, mit denen die besten Arbeiten über ein Thema aus der Geschichte der Stadt Thorn bedacht werden sollen. Zweifellos liegt in dieser Methode der Preisverteilung für einen verhältnismäßig großen Personenkreis ein starker Anreiz, sich mit den betreffenden Fragen forschend und publizistisch zu befassen.

Da dem Baltischen Institut von Jahr zu Jahr größere Geldmittel zur Verfügung stehen (im Jahre 1926 sind es rund 18 000 Zloty, im Jahre 1931 schon über 100 000 Zloty gewesen), ist es in der Lage, eine große Publikationstätigkeit zu entfalten. In den verschiedenen Schriftenreihen, die es herausgibt, sind bisher 14 Bände erschienen bzw. im Erscheinen begriffen. In drei von diesen Bänden werden „Land und Leute“, „Vergangenheit und Kultur“ und „Das Wirtschaftsleben“ Pommerellens behandelt. In einem weiteren Bande wird „Das Nationalitätenproblem in Pommerellen“ erörtert. In einem Sammelwerk, das unter dem Titel „Gegen die Korridorpropaganda“ erschienen ist, sind u. a. der ehemalige diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Strasburger, der Chefredakteur der inzwischen eingegangenen „Baltischen Presse“, Ruecker, der in Paris lebende polnische Propagandist Smogorzewski, der Prähistoriker der Universität Posen, Professor Kostrzewski, der Sprachforscher der Posener Universität, Professor Rudnicki, als Mitarbeiter vertreten. Die politische Seite des Problems des polnischen Meereszuganges wird in zwei anderen Büchern „Der Kampf um die Ostsee“ und „Die Verteidigung Pommerellens“ behandelt. Kulturellen Fragen sind bisher zwei Publikationen gewidmet: „Die Jahresfestzeiten in Pommerellen“ und „Die Kunst in Pommerellen“. In drei weiteren Bänden („Der internationale Handel auf der Ostsee“, „Die Entwicklung des Danziger Hafens“ und „Der Streit um Gdingen“) bemühen sich einige führende Danziger Polen darum, die handelspolitische Bedeutung des Meereszuganges für Polen und die angebliche Notwendigkeit des Gdingener Hafenbaus nachzuweisen. Die Arbeit des Baltischen Instituts greift räumlich auch über den eigentlichen Korridor hinaus und erstreckt sich auf die benachbarten reichsdeutschen Gebiete, insbesondere auf Ostpreußen. Als erste Publikationen auf diesem Gebiete sind bisher „Das

General von Strantz.
(Text siehe Beilage Seite 27.)

Marienburger Gebiet“ und „Das Transitproblem Ostpreußens“ erschienen. „Zwei Probleme“, so heißt es in dem Berichte Borowiks, „interessieren uns hier besonders: 1. die Feststellung der Spuren der Volkskultur zwecks Herausarbeitung der Kennzeichen für die Verbundenheit des erforschten ethnographischen Gebietes mit dem übrigen Polen, und 2. die Darstellung der Wirtschaftslage Pommerellens und Ostpreußens und die Aufzeichnung ihrer gemeinsamen Abhängigkeit von Polen auch in wirtschaftlicher Hinsicht.“ Das Anwachsen der Publikationstätigkeit des Instituts läßt sich aus folgender Aufstellung erkennen: Von den 14 erwähnten Büchern entfallen auf die Jahre 1928 und 1929 je eins, auf 1930 zwei, auf 1931 drei und auf 1932 wiederum zwei; im Druck oder in Vorbereitung befinden sich fünf weitere Bücher, die noch in diesem Jahre erscheinen werden, und ferner eine von dem Direktor der Posener Universitätsbibliothek, Dr. Wierczynski, bearbeitete „Bibliographie Pommerellens“, die in ihrem ersten Bande die Zeit von 1918 bis 1932 umfassen soll.

Die Veranlassung, Förderung und Veröffentlichung solcher Arbeiten ist nur ein Teil der Tätigkeit des Baltischen Instituts in Thorn. Ein weiteres wesentliches Arbeitsgebiet ist die Veranstaltung „Pommerellenkundlicher Kongresse“. Der erste dieser Kongresse hat im Jahre 1930 in Danzig, der zweite im Jahre 1931 in Thorn und der dritte im vergangenen Jahre in Posen stattgefunden. Auf diesen Kongressen werden von den maßgebenden Wissenschaftlern, die sich mit pommerellischen Fragen befassen, gemeinsam mit Politikern, Behördenvertretern und anderen an der praktischen Auswertung der wissenschaftlichen Arbeiten interessierten Persönlichkeiten die zu bearbeitenden Probleme beraten, die erzielten Forschungsergebnisse bekanntgegeben usf. Welche Bedeutung diesen Tagungen zukommt, mag man daraus entnehmen, daß z. B. an dem Thorner Kongreß von 1931 nicht weniger als 80 Personen, darunter 14 Universitätsprofessoren und Dozenten aus Krakau, Posen und Warschau, und u. a. auch Vertreter des Warschauer Außenministeriums und Mitglieder der Krakauer Akademie der Wissenschaften teilgenommen haben; und die befruchtende Wirkung des Baltischen Instituts und seiner wissenschaftlichen Kongresse mag daraus erhellen, daß auf der letztjährigen Tagung von nicht weniger als acht Teilnehmern neue Arbeiten zumeist über siedlungsgeschichtliche und siedlungsrechtliche Fragen vorgelegt worden sind. Auf dem Posener Kongreß konnte mit Recht festgestellt werden, „daß die wissenschaftlichen Arbeiten auf dem Gebiete Pommerellens und der Meeresangelegenheiten an allen wissenschaftlichen Zentren Polens zugenommen haben“. Die über die „Verteidigung Pommerellens“ hinausweisende Aufgabe, die diesen Kongressen zugedacht ist, ist dadurch erneut gekennzeichnet worden, daß, einem Bericht des „Kurjer Poznanski“ zufolge, auf der Posener Tagung im letzten Jahre die Notwendigkeit betont worden ist, „daß die polnische Wissenschaft den wissenschaftlichen Problemen Ostpreußens, Pommerns und der Ostsee mehr Aufmerksamkeit zuwenden muß, um dadurch in der Bevölkerung ein größeres Verständnis für diese Fragen zu wecken“.

Wenn die polnische Wissenschaft jetzt hinsichtlich Pommerellens und Ostpreußens eine immer regere Tätigkeit entfaltet, so ist das nicht zuletzt auf die vielseitigen Anregungen zurückzuführen, die sie vom Baltischen Institut erhält. Und wenn die Forschungen und Arbeiten der Wissenschaftler in die breite Öffentlichkeit gelangen und sich dort in politische Energie umsetzen, so ist das zum guten Teil gleichfalls auf die Tätigkeit dieses Instituts zurückzuführen, dem nichts an der Pflege abstrakter Wissenschaft liegt, sondern das es als seine Aufgabe betrachtet, der polnischen Propaganda Wissenschaft für den Tagesgebrauch zu liefern. Daß das, was da geliefert wird, recht oft nur noch wenig mit ernster Wissenschaft zu tun hat, stört die Institutleiter nicht. Die Popularisierung dieser Art von Wissenschaft erfolgt u. a. auf Informationskursen, die das Baltische Institut seit 1930 alljährlich veranstaltet. Der erste Kursus wurde im Januar 1930 in Thorn abgehalten; 23 Vortragende, meist Universitätsprofessoren, sprachen vor über 100 Hörern, unter denen sich die maßgebenden Redakteure der wichtigsten polnischen Zeitungen befanden. Die seit Oktober 1931 in Gdingen bestehende Zweigstelle des Instituts hat gegen Ende 1932 einen zweiten Kursus veranstaltet, an dem insgesamt 1354 Hörer teilgenommen haben. Die Gdingener Vorträge sind unter dem Obertitel „Meeresweltanschauung“ als Einzeldruckschriften erschienen; sie sollen, wie schon der Titel verrät, vor allem dem Bestreben dienen, in den Hörern und durch deren publizistische oder rednerische Vermittlung in weiteren polnischen Volkskreisen ein Gefühl der Verbundenheit mit der Ostsee zu wecken und dieses Gefühl, sofern es etwa vorhanden sein sollte, noch zu vertiefen. Vorträge wurden z. B. gehalten über folgende Themen: „Schlesien und Pommerellen als Symbole unserer Unabhängigkeit“, „Das geschichtliche Verhältnis Polens zum Meere“, „Die Kohle und das Meer“, „Das Meer als Wiege des Lebens“, „Gdingen als polnischer Baumwollhafen“, „Der Seekreis früher und heute“, „Das Element des Meeres im Schaffen Joseph Conrads“ usw. Wichtig ist schließlich auch die Kleinarbeit, welche die im März 1932 „zur Bekämpfung der revisionistischen Propaganda Deutschlands“ eingerichtete „Abteilung für wissenschaftliche Information“ unter Leitung Dr. Roman Lutman, eines „Wissenschaftlers“ typisch polnischer Prägung leistet. Aufgabe dieser Abteilung ist die Sammlung der deutschen Ostliteratur und die Unterhaltung eines Zeitungsarchivs. Die Abteilung verschickt an die Behörden, an Institute und an die Presse gedruckte kleine Abhandlungen über historische, kulturelle und wirtschaftliche Fragen Pommerellens, sowie Buchrezensionen, in denen deutsche Publikationen über die Ostfragen kritisch besprochen werden.

Was im und mit Hilfe des Baltischen Institutes geleistet wird, ist bei weitem nicht alles, was auf polnischer Seite in der wissenschaftlichen Unterbauung der Korridor- und Ostpreußenpropaganda geschieht. Doch hat sich das Institut zu einer Zentralstelle dieser Arbeit entwickelt; und man muß zugeben, daß es diese Rolle mit wachsendem Erfolge zu spielen versteht. Es muß leider festgestellt werden, daß es auf deutscher Seite keine Institution gibt, die sich mit derselben Systematik und Geschlossenheit wie das Baltische Institut in Thorn der wissenschaftlichen und zugleich propagandistischen Bearbeitung des Korridorproblems unter dem beherrschenden Gesichtswinkel seiner nationalpolitischen Bedeutung annimmt. Das ist um so bedauerlicher, als die deutsche Wissenschaft in allen ihren Disziplinen hinsichtlich ihrer Arbeitsmethode und Arbeitsfähigkeit der polnischen Wissenschaft an sich zweifellos bedeutend überlegen ist, bei einer Zusammenfassung ihrer Kräfte auf das Korridorproblem der agitierenden polnischen Konkurrenz also auch erfolgreich entgegenarbeiten könnte. Was z. B. auf den Geographen- und Historikertagen hinsichtlich einer Belebung der wissenschaftlichen Ostarbeit geschehen ist, was an den Instituten der ostdeutschen Hochschulen geschieht, was von den Landeskundlichen Vereinigungen des Ostens und von manchen anderen wissenschaftlichen Einrichtungen und Verbänden geleistet wird, reicht für den geistigen Kampf, der um den Osten geführt werden muß, noch nicht aus. Die deutsche Wissenschaft hat den Pommerellenkundlichen Kongressen des Baltischen Instituts nichts Gleiches entgegenzustellen. Wertvolle Arbeit haben in dieser Hinsicht seit 1923 die jährlichen Tagungen der Leipziger „Stiftung für Volks- und Kulturbodenforschung“ geleistet, die die wissenschaftliche Behandlung der Grenzprobleme zum Gegenstand hatten; diese Tagungen, die sehr gut zu wissenschaftlichen Ostkongressen hätten ausgebaut werden können, haben jedoch seit dem Jahre 1930 nicht mehr stattgefunden. Es gibt deutsche Wissenschaftszweige, deren Arbeit am Osten und für den Osten noch in den Anfängen steckt. Man denke z. B. an die Kunstgeschichte oder an die Volkskunde! Gerade hier, aber auch auf anderen Gebieten, besteht die Gefahr, daß der Pole in die Leerräume, die die deutsche Wissenschaft gelassen hat, eindringt und Positionen gewinnt, aus denen man ihn nur schwer wieder hinauswerfen kann. Hier wäre für ein Institut, das ähnlich dem polnischen in Thorn anregend und fördernd wirkt und sich dabei auf die Ostprobleme spezialisiert, ein weites und wichtiges Arbeitsgebiet.

*

Sabotage der Abrüstung.

Der „konstruktive Plan“ Paul-Boncours ist praktisch erledigt. Er hat auf der sog. Abrüstungskonferenz die Zustimmung keines der Staaten gefunden, auf die es ankommt. Daß Deutschland diesen Plan, der kein Abrüstungs-, sondern ein Umrüstungs- und Sicherheitsplan ist, ablehnen mußte, versteht sich von selbst. Auch daß Italien diesen französischen Versuch, „den Frieden vom Mißtrauen her zu organisieren“, nicht mitmachen würde, war von vornherein zu erwarten. Von England hatte man in Paris vielleicht etwas mehr Entgegenkommen erwartet; es hat mit seiner Erklärung, daß die Garantien des Völkerbunds-, des Kellogg- und des Locarnopaktes vollkommen ausreichen, um endlich die praktische Abrüstung zu beginnen, die Franzosen enttäuscht. Rußland hat keinen Grund, mit dem geistigen Produkt Paul-Boncours schonend umzugehen; Litwinoff hat es in seiner stark propagandistischen Rede gründlich zerpflückt. Auch Spanien stellte sich in die Reihe der Kritiker des französischen Planes. Selbst Belgien und Holland rückten mit Rücksicht auf die Ablehnung Englands von dem „konstruktiven Plan“ ziemlich eindeutig ab. Eine gewisse Überraschung brachte die Erklärung des polnischen Vertreters, der zwar seine Zustimmung zu den französischen Sicherheitsplänen betonte, dabei aber auf die Undurchführbarkeit des Paul-Boncourschen Projektes hinwies und die sofortige Inangriffnahme einiger konkreter Maßnahmen vorschlug: Verbot des chemischen und bakteriologischen Krieges und des Luftbombardements, Begrenzung des Landkriegsmaterials, regionale Abkommen über die Flottenrüstungen, Rüstungs- und Waffenhandelskontrolle, Abschaffung der privaten Waffenherstellung. Es ist noch nicht ganz klar, wie man diese polnischen Vorschläge auffassen soll. Es ist möglich (und die Mißstimmung in Paris scheint das zu bestätigen), daß Polen den Franzosen die Gefolgschaft verweigert hat, weil es unter allen Umständen die Bildung einer deutschen Miliz verhindern will, wie sie u. a. im Rahmen des französischen Planes liegen würde. Es kann aber auch sein, daß der polnische Vertreter, indem er seine Vorschläge vorbrachte, im Auftrage Fankreichs gehandelt hat. Nach dem polnischen Vorschlag sollen also einige Waffengattungen verboten werden, ohne daß die Mittel zerstört werden, mit denen diese Verbote jederzeit übertreten werden können. Er wiederholt eigentlich nur das, was schon in der Entschließung der Konferenz vom 23. Juli v. J. enthalten war. Sein Zweck ist es, ein völlig unzureichendes und praktisch über den bisherigen Stand der Dinge kaum hinausgehendes Kompromiß zu schließen, um die eigentliche Abrüstung wieder einmal auf Jahre hinaus zu vertagen. Von der deutschen Gleichberechtigung, wie sie im Fünfmächte-Abkommen vom 11. Dezember v. J. festgelegt ist, wäre in diesem Kompromiß überhaupt nicht mehr die Rede; sie wäre bis zum zweiten Konferenzabschnitt, der im Jahre 1938 beginnen würde, verschoben. Deutschland — das ist sicher — wird keinem Beschluß zustimmen, der nicht eine ganz wesentliche praktische Abrüstung und eine Verwirklichung seiner wehrpolitischen Gleichberechtigung bringt. Danach haben sich die Andern zu richten.

Danziger Fragen.

Der Hohe Kommissar.

Vor einiger Zeit hatte bereits die „Gazeta Gdanska“ versucht, für eine Verlegung des Sitzes des Völkerbundskommissars Stimmung zu machen. Die Warschauer Presse griff diesen Gedanken jetzt während der Tagung des Völkerbundsrats wieder auf; der „Expreß Poranny“ z. B. behauptete, wie seinerzeit das Danziger Polenblatt, daß der Hohe Kommissar in Danzig einseitig im deutschen Sinne beeinflußt werde und daß sein Sitz deshalb zwischen Danzig und Warschau halbjährlich wechseln oder — noch besser — nach dem Haag oder nach Genf verlegt werden müsse. Ein Wechsel der Residenz des Hohen Kommissars sei „die erste Bedingung einer Gesundung der Verhältnisse zwischen Danzig und Polen“. — Bekanntlich ist der Sitz des Völkerbundskommissars im Versailler Diktat festgelegt worden. Es ist bemerkenswert, beruht aber vielleicht auf der Unwissenheit der betreffenden polnischen Zeitungsschreiber, daß sich polnische Blätter so warm für eine Abänderung des Diktates einsetzen. Der polnische Vorstoß ist in Genf unberücksichtigt geblieben. — Da über die Ernennung eines neuen endgültigen Kommissars noch immer keine Einigung erzielt werden konnte, weil Polen die Ernennung des Vertreters einer Großmacht nach wie vor ablehnt, wurde das Mandat des vorläufigen Kommissars, des Dänen Helmer Rosting, wiederum, zunächst bis zum 15. Oktober d. J., verlängert.

Polen mißachtet die Verträge.

Den unhaltbaren Zustand der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Danzig und Polen hat der Danziger Wirtschaftssenator Dr. Althoff kürzlich u. a. mit folgenden Bemerkungen zutreffend charakterisiert: Es muß festgestellt werden, daß Polen den im Warschauer Abkommen verankerten freien Warenverkehr von Danzig nach Polen tatsächlich aufgehoben hat. An der Grenze festgehalten, zurückgewiesen, beschlagnahmt wird nicht nur die Ware, die angeblich aus Kontingentwaren stammt, sondern auch jedes Erzeugnis, das aus rein Danziger Waren hergestellt ist, ja, sogar die Waren, die aus Polen nach Danzig eingeführt und dann wieder nach Polen zurückgeleitet werden. Beschlagnahmt werden auch die Gleise oder die Kipploren, die nach Polen verliehen und nach Danzig zurückgebracht werden sollen. Es ist wirklich sehr schwer, die Ruhe zu behalten, wenn man an der Danzig-polnischen Grenze zusehen muß, wie ein Lastzug nach dem anderen mit polnischem Mehl unbehindert die Grenze passiert, während in derselben Stunde einem Lastwagen mit Danziger Mehl, das aus polnischem Getreide hergestellt ist, die Einfuhr in polnisches Gebiet versagt wird. Der Danziger Kaufmann und der Danziger Industrielle kann sich im Augenblick die Warenwege nach Polen nur dadurch öffnen, daß er sich Bedingungen unterwirft, für die Polen aus keiner Vertragsbestimmung irgendein Recht herleiten kann. Polen läßt Waren jeder Art nur nach Polen herein, wenn die Danziger Kaufleute und die Danziger Industriellen sich Kontrollen der polnischen Zollinspektoren unterwerfen. Die Fakturen aller Waren, die nach Polen gehen sollen, müssen beim polnischen Zollinspektorat abgestempelt werden. In vielen Fällen haben die Polen an die Kontrollen und Abstempelungen der Fakturen Bedingungen geknüpft oder zu knüpfen versucht, etwa die, daß polnische Arbeiter eingestellt werden sollen oder daß der Firmeninhaber dem „Danzig-polnischen Wirtschaftsverbande“ beizutreten habe oder daß er für die Herstellung seiner Fabrikate notwendige Hilfswaren von bestimmten Firmen beziehen müsse. Doch selbst dann, wenn der Danziger Kaufmann sich derartigen Bedingungen Polens unterwirft, hat er damit noch nie die Gewähr, daß seine Waren tatsächlich unbehelligt nach Polen hereingelassen werden. Der der Danziger Wirtschaft durch die polnischen Sperrmaßnahmen erwachsende Schaden ist außerordentlich groß.

Dieser Zustand wird auch dadurch noch nicht gebessert, daß die Verordnung des polnischen Verkehrsministers, wonach ab 1. Februar die Abfertigung und Versendung von Gütern mit der Eisenbahn aus Danzig von der Abstempelung der Fakturen durch den polnischen Zollinspektor in Danzig abhängig gemacht wurde, zurückgezogen worden ist. Polen hat die Verpflichtungen, die ihm durch die Entscheidungen des hohen Kommissars vom 20. November v. J. und durch die Bestätigung dieser Entscheidungen durch den Völkerbundsrat am 1. Februar auferlegt worden sind (die endgültige Entscheidung über die Kontingentfrage wurde vom Rate vertagt), mit dieser Einzelmaßnahme in keiner Weise erfüllt. Die polnische Grenzsperre gegen Danziger Waren besteht auch heute noch fort. Polen denkt gar nicht daran, dem klaren Spruch der Völkerbundsinstanzen Folge zu leisten.

Denselben Widerstand setzt Polen der Entscheidung entgegen, die es zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens verpflichtet und die grundsätzlich bereits im Mai v. J. vom Völkerbundsrate bestätigt und durch das Sachverständigengutachten vom Herbst v. J. geklärt worden ist. Der Ausbau Gdingens wird mit Hochdruck weiter betrieben, obwohl bei dem sinkenden Außenhandel Polens die wirtschaftliche Notwendigkeit dieses Hafenbaues weniger denn je anerkannt werden kann und obwohl im übrigen Polen die Mittel selbst für die notwendigsten kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben fehlen. Für Gdingen wie für die Armee werden die letzten Reserven des ausgepoverten Landes verbraucht. Was Polen zu dieser vom wirtschaftlichen Standpunkte aus sinnlosen Kapital- und Kraftvergeudung bestimmt, hat der Abgeordnete Cebinka vom Regierungsblock kürzlich bei der Aussprache im Haushaltsausschuß des Sejm zu erkennen gegeben, als er die Auffassung vertrat, daß, je eher in Gdingen eine Einwohnerzahl von 100 000 erreicht worden sei, um so eher die deutsche Revisionspropaganda fehlschlagen werde. Gdingen ist für die Polen eines der wichtigsten Argumente gegen die Grenzrevision; für uns ist es in seiner wirtschaftlichen Sinnlosigkeit ein wichtiger Beweis für die Unhaltbarkeit der polnischen Korridorargumente.

Neue polnische Vorstöße.

Während Polen auf der einen Seite die Erfüllung seiner Verpflichtungen gegenüber Danzig verweigert, stellt es auf der anderen Seite beim Völkerbundskommissar neue Anträge auf Erweiterung seiner Rechte gegenüber der Freien Stadt. Anfang Februar hat die Warschauer Regierung bei Rosting einen neuen Schiedsspruch wegen der Veranlagung polnischer Zweigniederlassungen zur Danziger Gesellschaftssteuer beantragt. Polen beansprucht über die zwischen Danzig und Polen vereinbarten Steuervergünstigungen hinaus Steuerfreiheit für die Gründung polnischer Filialen in Danzig. Die polnische Regierung beruft sich darauf, daß nach Artikel 3 des Warschauer Abkommens Danziger und polnische Staatsangehörige in ihren Handels- und Gewerbebetrieben gleiche Rechte genießen sollen. Diese Vertragsbestimmung gilt aber nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts nur für „Staatsangehörige“ beider vertragschließenden Staaten, also nur für physische Personen. Die polnische Regierung beruft sich ferner darauf, daß „nach ihrer Ansicht“ die Zweigniederlassungen deutscher Gesellschaften in Danzig vom Errichtungsstempel befreit seien. Das ist in dieser Allgemeinheit nicht der Fall. Danzig gewährt deutschen Filialen Steuerbefreiung nur insoweit, als Anlage- und Betriebskapital der Danziger Filiale überwiesen wird. Im übrigen hat das Deutsche Reich den Danzigern im Reiche eine entsprechende Steuervergünstigung eingeräumt, während die polnische Regierung gegenüber den Danzigern in Polen das nicht tut.

Außerdem verlangt die polnische Regierung einen Schiedsspruch des Völkerbundskommissars darüber, daß ein dem polnischen Fiskus gehörendes Grundstück in Danzig, in dem sich der Verein der polnischen Studenten und ein polnischer Kindergarten befinden, von der kommunalen Grundwertsteuer freigestellt wird. Polen bezieht sich zur Stützung dieses Anspruches auf die Danzig-polnischen Abkommen vom 17. Mai 1932 und vom 28. März 1929. Hierin ist jedoch nur eine Befreiung für solche polnischen Gebäude vorgesehen, die amtlichen Zwecken dienen. Nach Auffassung des Danziger Senats sind diese Voraussetzungen im vorliegenden Falle nicht erfüllt, so daß die bereits rechtskräftig gewordene Veranlagung des Steueramtes zu Recht erfolgt ist.

Der Heringsimport über Gdingen funktioniert nicht.

Die „Gazeta Handlowa“ beschäftigte sich in einem Artikel mit den Versuchen, Gdingen zum Einfuhrhafen für Heringe zu machen. Bisher geht die polnische Heringseinfuhr ausschließlich über Danzig. Das Blatt gibt zu, daß die bisherigen Versuche in Gdingen völlig gescheitert sind. Der Gdingener Hafen sei zur Abwicklung der Heringseinfuhr in keiner Weise vorbereitet. Es gäbe keine Arbeiter, die mit der Verladung von Heringsfässern vom Schiff in die Kühlhalle vertraut seien oder sogar Heringe von Faß zu Faß umpacken könnten. So habe es bis zu 30 v. H. Bruch und Schaden gegeben. Die zum Öffnen der Fässer erforderlichen Geräte habe man sich aus Danzig borgen müssen, die Kühlhalle sei viel zu klein gewesen, so daß großen Mengen von Heringen mangels sachgemäßer Lagerung verdorben seien. Für den Handel habe es sich als außerordentlich störend erwiesen, daß in Gdingen die Lagerhäuser nach der Einlagerung der Ware durch Zollbeamte verschlossen und plombiert würden, und Kaufleute, die die Ware besichtigen wollten, tagelang auf die Genehmigung warten müßten. Die Bestimmung, daß alle in Gdingen eingelagerten Auslandswaren innerhalb von 30 Tagen verzollt werden müssen, widrigenfalls hohe Aufschläge zu zahlen sind, habe ebenfalls die Einrichtung eines Heringshandels in Gdingen unmöglich gemacht. Danzig handle viel kaufmännischer und sei viel zweckmäßiger für alle diese Handelszweige vorbereitet.

Im Hafen Gdingen werden auf einem Gelände, das die Regierung zur Verfügung gestellt hat, zwei große Fischräuchereien errichtet, die insgesamt mit 15 Öfen ausgestattet werden sollen.

Bremen wehrt sich!

Dank der verständnisvollen Zusammenarbeit der Deutschen Reichsbahn und des Wirtschaftsverbandes der tschechoslowakischen Baumwollspinnereien mit der Bremer Baumwollbörse ist es gelungen, die Frachttarife für Baumwolle ab Bremen, Bremerhaven und Hamburg derartig zu ermäßigen, daß jeder wirtschaftliche Vorteil der tschechoslowakischen Spinnereien, ihre Rohstoffe über Gdingen zu beziehen, in Wegfall kommen wird. Die Bemühungen Polens, die Baumwolleinfuhr nach der Tschechoslowakei über Gdingen zu leiten, sind damit gescheitert.

Polnische Wirtschaft.

„Polens Reserven erschöpft.“

Der Haushaltungsausschuß des Sejm setzte den staatlichen Gesamtaufwand auf 2452 Mill. Zloty und die Einnahmen auf 2058 Mill. Zloty fest, so daß ein Defizit von 394 Millionen verbleibt. Der Generalreferent der Budgetkommission, Abg. Miedzynski, führte hierzu aus, daß eine weitere Einschränkung der Ausgaben nicht mehr möglich sei. Den naheliegenden Einwand, daß Polen, im Verhältnis zu der Finanzkraft des Staates, die größten Heeresausgaben in Europa aufwendet, glaubte Miedzynski durch den Hinweis darauf abtun zu können, daß „die sich immer deutlicher abzeichnenden Revanchebestrebungen Deutschlands hauptsächlich gegen Polen gewandt sind und von der Welt mit verwunderlicher Gleichgültigkeit angesehen werden“, weshalb Polen sein Heer auf der Höhe halten müsse. Der Referent kam weiter auf die polnischen Auslandsschulden zu sprechen: Polen, sagte er, müsse entweder zu einer „Verständigung“ mit den Auslandsgläubigern kommen oder es sei gezwungen, sich durch die Drosselung seiner Einfuhr bis auf ein Minimum vom Ausland zu isolieren. Bisher sei es möglich gewesen, das Defizit des Staatshaushalts aus den Reserven früherer Jahre zu decken, jetzt aber seien alle Reserven erschöpft. Nur noch 170 Millionen des jetzigen 394 Millionen betragenden Fehlbetrages könnten aus Finanzreserven gedeckt werden, 130 Millionen seien durch Nichtzahlung fälliger Staatsschulden auszugleichen, und 100 Millionen müßten unter Umständen durch eine Binnenanleihe aufgebracht werden. Was die von Miedzynski angekündigte Einfuhrdrosselung anlangt, so muß darauf hingewiesen werden, daß eine Drosselung über den heutigen Stand hinaus kaum noch möglich sein dürfte. Vor vier Jahren noch führte Polen für 3111 Mill. Zloty Waren ein, vor drei Jahren für 2246 Millionen, vor zwei Jahren für 1468 Millionen und im letzten Jahre nur noch für 862 Millionen! Seit 1929 ist die polnische Einfuhr also um 72 v. H. zurückgegangen und kann füglich nicht noch mehr herabgesetzt werden, wenn Polen nicht zugleich seine ganze Ausfuhr lahmlegen will, deren es nicht nur zur Aufrechterhaltung seiner eifersüchtig beanspruchten „Großmachtstellung“, sondern vor allem zur Sicherung seiner Währung bedarf.

Der ehemalige Finanzminister Czechowicz hat in seiner Schrift „Neue Wege der Wirtschaft“ auf die polnischen Haushalts-Schwierigkeiten hingewiesen. Da die Ausgaben nicht noch mehr gedrosselt werden können, da an eine Steigerung der Ausfuhr nicht zu denken ist, da genügend Reserven zur Deckung des Fehlbetrages nicht mehr vorhanden sind und da schließlich auch keine Aussicht auf Erlangung neuer Auslandskredite besteht, sieht er nur eine Möglichkeit, den Fehlbetrag zu decken, nämlich die Ausgabe neuer Scheidemünzen und neuen Papiergeldes. Das würde jedoch u. U. die Inflation, die Entwertung des Zloty, bedeuten.

Geistiger Diebstahl.

Polen braucht, um sich vom deutschen Import unabhängig zu machen, u. a. eine hochwertige Werkzeugindustrie nach Art der von Remscheid. Da ihm, wie auf vielen anderen Gebieten der Technik, die nötigen polnischen Fachleute mangeln und die polnische Intelligenz voraussichtlich noch einige Zeit brauchen dürfte, um aus sich selbst heraus Leistungsfähiges zu entwickeln, so ist ihm das deutsche Vorbild zum Kopieren gerade gut genug, das gleichzeitig mit zynischer Offenheit geschmäht und herabgesetzt wird als etwas, an dem im Grunde nichts Rechtes zu lernen sei. Es ist bekannt, daß Polen schon seit 1922 ernstlich damit umgeht, Industrien nach Art der Remscheider und übrigens auch der Solinger bei sich bodenständig zu machen. Da aber die Remscheider Werksbesitzer den lernbegierigen Polen wohl kaum gestatten werden, sich in ihren Betrieben die notwendigen Kenntnisse anzueignen, so werden jene versuchen, kleine Unternehmer, denen es vielleicht zurzeit schlecht geht, oder auch Werkmeister und Qualitätsarbeiter aus der Branche unter großen Versprechungen nach Polen zu locken. Allen, denen Angebote dieser Art gemacht werden, sei dringend empfohlen, sich auf nichts einzulassen, da jeder, der dies tun würde, nach Ableistung der von ihm geforderten Arbeit sich in kürzerer oder längerer Zeit in der wenig beneidenswerten Rolle des bekannten Mohren wiederfinden würde, der nach getaner Schuldigkeit abtreten kann. Selbst noch so einwandfrei aufgesetzte Verträge werden in Polen durch das rechtzeitige Eingreifen gewisser Verbände im Sinne einer „höheren Gewalt“ unerfüllbar gemacht. Der Deutsche ist, das kann nicht oft und eindringlich genug wiederholt werden, in Polen praktisch rechtlos. An diesem Zustande kann auch die amtliche deutsche Interessenvertretung wenig ändern. Die Verfolgung des Rechtes vor den polnischen Gerichten ist, abgesehen von den vielen materiellen Schwierigkeiten, so zeitraubend und der Erfolg und seine Auswertung so gänzlich ungewiß, daß sie praktisch für den gewöhnlichen Sterblichen nicht in Frage kommt. Wenn aber der Geschädigte, dem ja schließlich nichts übrigbleibt, als nach Deutschland zurückzukehren, glaubt, die Erfüllung etwa nicht innegehaltener Verträge von Deutschland aus erreichen zu können, so wird ihn jeder Rechtsanwalt hierüber eines Besseren belehren. Also: Hütet euch vor den Polen! („Deutsche Bergwerks-Zeitung.“)

Obst gegen Textilien.

Die polnisch-holländische Handelskammer in Warschau hat ein großes Kompensationsgeschäft mit Holland vermittelt, und zwar wird Holland zu Minimalzöllen nach Polen 100 Waggons Apfelsinen, 50 Waggons Äpfel, 50 Waggons Trockenpflaumen, 10 Waggons Tomaten, je 5 Waggons Rosinen und Nüsse sowie einen Waggon Hanf einführen. Holland wird dafür große Mengen polnischer Textilwaren einführen.

„Polnische“ Kraftwagen.

Im Jahre 1931 bezifferte sich der polnische Bestand an Kraftwagen auf insgesamt 39 000 Stück. Damit steht Polen unter den Europastaaten mit an letzter Stelle. Die Ursache dieses geringen Automobilbestandes liegt auf der Hand: niedriger Volkswohlstand, steuerliche Hindernisse und vor allem ein beispiellos schlechter Zustand der Landstraßen haben eine günstigere Entfaltung des Automobilwesens hintangehalten; sie haben vor allen Dingen die Entstehung einer einheimischen Industrie verhindert, die auf längere Sicht gedeihen könnte. Polen hat in den Jahren 1927 bis 1931 aus dem Ausland für mehr als 273 Mill. Zloty Kraftwagen bezogen. Dieser Aufwand wird die Frage nahelegen, ob sich eine Inlandproduktion nicht rentabel gestalten könnte. Von den Fachkreisen wird diese Frage mit dem Hinweis darauf verneint, daß der polnische Bedarf nicht einheitlich genug ist, um eine Serienproduktion zu ermöglichen. Der polnische Automobilist läßt sich bei der Anschaffung des Wagens weniger von Zweckmäßigkeitsrücksichten, als vielmehr von dem Ehrgeiz bestimmen, einen „eleganten“ Wagen mit möglichst hoher Geschwindigkeit zu besitzen, wobei die Rücksicht auf den Brennstoffverbrauch nicht in Rechnung gestellt wird. Dieser Snobismus ist um so bemerkenswerter, als eine hohe Fahrgeschwindigkeit auf den polnischen Straßen gar nicht erreichbar ist.

In völlig abwegige Bahnen wurde der polnische Automobilismus durch die staatliche Beeinflussung der Kraftwagenerzeugung gelenkt. Der Etatismus führte nicht zur Motorisierung, sondern zur Demotorisierung des Landes. Zwar haben die „Staatlichen Ingenieur-Werke“, nachdem sie mit „Saurer“ und „Fiat“ Lizenzverträge abschlossen, die Aufnahme der einheimischen Kraftwagenproduktion in Aussicht gestellt. Indessen ist bisher kein Wagen erzeugt worden, von dem sich sagen ließe, daß er zu 100 v. H. in Polen hergestellt worden ist. Vorläufig beschränken sich die „Staatlichen Ingenieur-Werke“, deren Wagen am Kühler so stolz die Kennmarke „Polski Fiat“ (!) tragen, auf die reine Montage, abgesehen davon, daß sich die bisher herausgebrachten Wagen an den Fingern abzählen ließen. Der Vertrag mit „Fiat“ hat jedenfalls eine Atmosphäre in Polen geschaffen, die eine rasche Entfaltung des Automobilwesens kaum wahrscheinlich macht. Die Privilegien, die sich „Fiat“ im Vertrag vom 21. Oktober 1931 sicherte, sind so umfassend, daß jede Existenzmöglichkeit privater Automobilfabriken in Polen einfach ausgeschlossen ist. Staat, Gemeinde und selbst Privatinstitutionen, die irgendwie mit den Behörden in Verbindung stehen, sind verpflichtet, Fiatwagen zu kaufen. Auch die „Staatlichen Ingenieur-Werke“ sind verpflichtet, bei der italienischen Fiat-Zentrale oder bei ihrem Vertreter alle Teile, Montagegruppen oder Elemente, die zur Herstellung von Automobilen, Lastwagen, Autobussen, Militär- und Spezialwagen, Flugzeugen, Traktoren und dergleichen zu kaufen, sofern die „Staatlichen Ingenieur-Werke“ dieses Material nicht in Polen erzeugen können. Aber auch dies nur unter der Bedingung, daß Qualität und Preis mit der italienischen Produktion übereinstimmen! Die überragende Erzeugung der Italiener, die Polen in absehbarer Zeit nicht erreichen kann, sichert also Fiat eine Monopolstellung.

Die Kohlenbahn.

Zwischen den Ministerien für Verkehr und Finanzen und der Polnischen-französischen Eisenbahngesellschaft ist jetzt eine Einigung erzielt worden, und zwar wird die polnische Staatsbahn mit eigenem rollenden Material zu Lasten der Polnisch-französischen Eisenbahngesellschaft im Laufe des Monats März den Betrieb der Kohlenbahn aufnehmen. Es besteht jedoch die Möglichkeit, daß später die Eisenbahngesellschaft den Betrieb selbst übernimmt, da die polnische Staatsbahn keine Neigung zeigt, den Betrieb auf die Dauer zu führen. Offenbar ist sie von der Rentabilität der neuen Bahn keineswegs überzeugt.

Postanweisungsverkehr mit Polen.

In den Verhandlungen zwischen dem Reichspostministerium und dem polnischen Post- und Telegraphen-Ministerium ist es zu einer grundsätzlichen Einigung über die Aufnahme des Postanweisungsverkehrs zwischen Deutschland und Polen gekommen. Dieser soll mit dem 1. März d. J. beginnen; zur Entgegennahme von Postanweisungen sollen sämtliche Postämter in Deutschland und Polen zugelassen werden. Der Höchstbetrag für eine Postanweisung wird wahrscheinlich auf 800 RM. bzw. 1700 Zl. festgesetzt werden. Wie bekannt, war im Geldüberweisungsverkehr zwischen Deutschland und Polen bisher ausschließlich die Übermittlung durch Wertbriefe möglich.

Gegen die bolschewistische Liquidierung deutschen Privateigentums.

Oberfinanzrat Dr. Bang zur Entschädigungsfrage.

Oberfinanzrat Dr. Bang, der deutschnationale Reichstagsabgeordnete, der zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt worden ist, veröffentlicht in der „Deutschen Zeitung“ (Nr. 29a) unter der Überschrift „Schuldenregelung und Liquidationsfrage“ einen längeren Artikel, in dem er ein Gespräch wiedergibt, das er im September 1932 in Kissingen mit einem amerikanischen Wirtschaftsführer gehabt hat. Danach hat er zum Schluß dieses Gespräches zu dem Amerikaner über die Liquidation deutschen Privateigentums im Weltkriege und die völlig unzulängliche Entschädigung der Geschädigten gesagt:

„Ich darf Sie im Anschluß daran noch auf eine sehr wichtige Frage aufmerksam machen, die mit ursächlich geworden ist für die Zerrüttung der Weltwirtschaft und darüber hinaus für die Bolschewisierung der Instinkte: Das ist die in Versailles verankerte bolschewistische Liquidierung deutschen Privateigentums. Sie hat mehr als 300 000 Auslands- und Grenzdeutsche (mit Angehörigen über eine Million) zu Bettlern gemacht, hat unersetzliche Werte und wesentliche Grundlagen des deutschen Exportapparates vernichtet. Die Liquidationsfrage hat nicht nur eine nationaldeutsche, sondern auch eine erhebliche weltwirtschaftliche Bedeutung! Auch hier hat Amerika ein eigenes Interesse, mitzuhelfen, daß durch Wiedergutmachung endlich eines der widerlichsten und schmutzigsten Kapitel der wirtschaftlichen Raubgeschichte des letzten Jahrzehnts liquidiert wird.“

Der Amerikaner hat Bang darauf erwidert:

„Auch dafür werden Sie bei uns volles Verständnis finden. Es wird Ihnen bekannt sein, daß die Regierung der U.S.A. schon wiederholt in öffentlichen Kundgebungen vom Versailler Liquidationssystem abgerückt ist. Aber auch hier kann es nur Sache Ihrer Regierung sein, daraus die Folgerungen zu ziehen und gerechte Ansprüche geltend zu machen.“

Wir begrüßen dieses Bekenntnis des Oberfinanzrats Bang, der von der Regierung der nationalen Konzentration in ein wichtiges Amt berufen worden ist, zu der Notwendigkeit der Wiedergutmachung des den Liquidationsgeschädigten gegenüber verübten Unrechts. Das Unrecht, das die Polen den ostmärkischen Vertriebenen gegenüber verübt haben, ist nicht minder schreiend und bedarf nicht minder der Wiedergutmachung. Mit Recht hat der amerikanische Wirtschaftsführer, der das erwähnte Gespräch mit Herrn Dr. Bang gehabt hat, darauf hingewiesen, daß es in erster Linie Sache der deutschen Regierung sei, die gerechten Ansprüche wegen dieser Wiedergutmachung mit aller Energie zu vertreten. An dieser Energie hat es leider bisher gefehlt. Möge sie endlich auf der Weltwirtschaftskonferenz, wo sich vorläufig vielleicht die letzte Gelegenheit dazu bietet, von der neuen Regierung geltend gemacht werden!

Ein Amerikaner über die Liquidation deutschen Eigentums.

In dem angesehensten Blatte der Deutschamerikaner, der „New-Yorker Staatszeitung“, streift deren Handelsredakteur Marquardt in einer Finanz- und Wirtschaftsübersicht die Frage der Liquidation deutscher Vermögen im Ausland, hebt hervor, daß im und nach dem Kriege der Kapitalismus sich gewissermaßen selbst das Grab gegraben habe, und führt zur Begründung dieser Behauptung u. a. aus:

„Was haben fast alle kapitalistischen Länder während des Krieges und nachher getan? Sie brachen die Voraussetzung des Weltkapitals und konfiszierten rechts und links alles deutsche Privateigentum, dessen sie habhaft werden konnten. Es wurde teils liquidiert, teils auf Auktionen verkauft, teils einfach in die Tasche gesteckt. Einzelne Länder, wie Amerika, China und Japan, haben zwar vollen oder teilweisen Ersatz geleistet resp. zugesagt, aber England und Frankreich fiel das gar nicht ein, sie verhüllten einfach ihren Plünderzug, indem sie dem armen Deutschland auferlegten, seine Untertanen zu entschädigen, was aber (durchschnittlich) nur bis zu 12½ v. H. des Verlustes möglich gewesen ist. Jetzt sitzen sie alle mit Deutschland in demselben Boot und können selber ihre Schulden nicht mehr zahlen, geschweige denn beraubte deutsche Privatleute.“

Es ist zu wünschen, daß man in Amerika überall und in den andern Ländern ebenfalls zu solcher Einsicht kommt und sich alsbald zur Beseitigung des Unrechts an den Liquidations- und Gewaltgeschädigten aufrafft.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zur Entschädigungsfrage.

Am 20. Januar hat sich unter dem Vorsitz des inzwischen zum Reichsminister des Innern ernannten Nationalsozialisten Dr. Frick der Auswärtige Ausschuß des Reichstages mit den Tributlasten Deutschlands beschäftigt und eine Entschließung gefaßt, in der u. a. gesagt wird: „Reichskanzler von Schleicher hat am Neujahrstag 1933 ausgesprochen, daß Deutschland nunmehr von Reparationen befreit ist. Der Auswärtige Ausschuß stellt fest, daß das deutsche Volk sowohl den vollen Zins- und Tilgungsdienst für die Dawes-Anleihe weiterhin tragen soll, ebenso den Zins- und Tilgungsdienst für die Young-Anleihe, ferner die Zahlungen an Amerika, die sogenannten belgischen Markzahlungen, die gestundeten Besatzungskosten, Zahlungen, die zum Teil bis zum Jahre 1960 reichen sollen. Hinzu treten sollen noch die Ratenzahlungen für die Schlußzahlung von 3 Milliarden gemäß dem Lausanner Abkommen, insgesamt 410 Millionen jährlich. **Überdies beträgt der Verlust durch Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens im Ausland etwa 11 Milliarden, deren Ersatz an die Geschädigten laufende Belastungen für die deutschen Finanzen bedeutet.“** — Zum Schluß wird gesagt, daß die Schleicherschen Ausführungen im In- und Ausland falsche Vorstellungen erwecken können und deshalb den deutschen Interessen nicht genutzt haben.

Ohne zu der politischen Seite der Angelegenheit Stellung zu nehmen, weisen wir auf die Wichtigkeit der Tatsache hin, daß der Auswärtige Ausschuß des Reichstages in diesem Zusammenhang auf die Beschlagnahme deutscher Vermögen im Ausland während des Weltkrieges hinweist, daß er den dadurch verursachten Schaden auch seinerseits auf 11 Milliarden bemißt und daß er die Entschädigungspflicht des Reiches betont. Die Art, wie dies geschieht, kann kaum anders gedeutet werden, als daß der Reichstag erneut die Verpflichtung des Deutschen Reiches zur Vollentschädigung der Liquidationsgeschädigten, wie sie der Friedensvertrag festgestellt hat, anerkennt. Die Gewaltgeschädigten (Vertriebenen) sind vom Reichstag in der Entschädigungsfrage aber mit Recht stets ebenso behandelt worden wie die Liquidationsgeschädigten. Der neu zu wählende Reichstag möge daher der neuen Reichsregierung gegenüber aus der Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses die nötigen Konsequenzen ziehen. Er sollte demgemäß seinen ganzen Einfluß auf die deutsche Reichsregierung dahin ausüben, daß sie bei der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz die Frage des Schutzes des Privateigentums im Kriege und die Wiedergutmachung des großen Unrechts, das im Weltkriege durch die Liquidation deutschen Eigentums verübt worden ist, erörtert und die Angelegenheit endlich bereinigt wird, und daß ferner die Reichsregierung auch von sich aus die für die Wiederaufrollung der Entschädigung nötigen Maßnahmen ergreift und den engherzigen Standpunkt des Reichsfinanzministers, die Entschädigungsfrage sei durch das Kriegsschädenschlußgesetz als abgeschlossen zu betrachten, verwirft, da eine solche Stellungnahme nationalwirtschaftlich ebenso wenig zu vertreten ist, wie sie dem internationalen Grundsatz, der den Schutz des Privateigentums im Kriege verlangt, widerspricht. Diesem Grundsatz muß unter allen Umständen mit rückwirkender Kraft Geltung verschafft werden, wie das schon Reichsbankpräsident a. D. Schacht auf der Akademietagung in Rom und Bankdirektor Solmssen auf der letzten Bankiertagung gefordert haben. (Siehe Rundschreiben 1 der Bundesleitung des Deutschen Ostbundes an alle Ortsgruppen.) Geschieht das, dann werden auch die Liquidations- und Gewaltgeschädigten endlich zu ihrem Recht kommen.

G.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

Nach Gottes Ratschluß ist am 4. Februar früh mein lieber Mann, unser lieber Vater, Bruder, Schwager, Schwiegersohn und Onkel, der

Mittelschullehrer i. R.

Richard Fleischer

im Alter von 63 Jahren nach langem Leiden von uns gegangen.

In tiefer Trauer

Anna Fleischer,
geb. Schwochow
nebst Kindern und Anverwandten.

Fürstenwalde/Spree, den 5. Febr. 1933.

Während meiner Erkrankung vertritt mich
Herr Assessor Leitzke.
Dieser ist mir auch zum Notarvertreter bestellt.

Flatow/Grenzmark, den 10. Februar 1933.

Dr. jur. Johannes Manthey,
Rechtsanwalt und Notar,
auch zugel. beim Landgericht Schneidemühl.

Die Festschrift

die zur Feier des 25jährigen Bestehens der Christuskirche in St. Lazarus und der Matthäikirche in Wilda von den Pastoren D. Rohde und Brummak in Posen herausgegeben worden ist, und die in Nummer 19 (1932) (S. 224) von Pastor Gürtler empfohlen wird, ist von größtem Interesse für all. ehem. ev. Posener.

Bestellungen auf diese Festschrift können unter gleichzeitiger Einsendung des für unsere Leser ermäßigten Betrages von 80 Pf. und 20 Pf. für Postgebühr und Verpackung, zusammen also 1 RM., auf das Postscheckkonto Berlin 104 726 an uns aufgegeben werden.

Deutscher Ostbund

Berlin W 30, Motzstraße 22.

Aufbaukredit

für Grenz- u. Auslandsdeutsche G.m.b.H.

(Geschäftigenhilfe des Deutschen Ostbundes)

Berlin W. 30, Motzstraße 22. Tel. B 5 Barbarossa 9061.

Verwertung von

6% Reichsschuldbuchforderungen

durch Verkauf und Beleihung (im Rahmen der uns zur Verfügung stehenden Mittel)

Beratung in Vermögensanlagen und allen Kreditangelegenheiten

Abwicklung all. bankmäßigen Geschäfte

Wer kennt

die Anschrift der Tischler Konrad Radatz u. Frau Ottilie, geb. Pansegrau: schen Eheleute, früher in Leibitsch bei Thorn wohnhaft? Angaben unter 2876 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschriften von **Else u. Alma Parren?** Es handelt sich um Sparkassenbücher der Stadtsparkasse Stargard. Angaben unter 2819 an das Ostland erbeten.

Der Ostdeutsche Heimatkalender darf in keiner Ostmärkerfamilie fehlen!

Der **„Ostdeutsche Heimatkalender“** klärt auf über Lage und Entwicklung des gesamten Ostdeutschtums, er berücksichtigt besonders den am schärfsten umkämpften Teil der deutschen Ostfront, die uns von Polen geraubten Gebiete und die schwer notleidende uns verbliebene Ostmark. Er enthält künstlerisch hochwertige Abbildungen. — In den Aufsätzen bewährter Kenner des Ostens bietet er reiches Aufklärungsmaterial für jeden, der sich mit Ostfragen befaßt. In den Beiträgen bekannter Schriftsteller gibt er einen Ausschnitt aus dem literarischen Schaffen der Ostmark. Als wertvolle Waffe im Kampfe um die Heimat ist er nicht zu entbehren.

Deutscher Ostbund, Kulturabteilung, Berlin W 30, Motzstraße 22.

Ausschneiden! — Als Drucksache senden!

Bestellkarte.

Hiermit bestelle ich .... Stück

„Ostdeutscher Heimatkalender 1933“

zum Preise von 1,50 Mark, als Ostbundmitglied 1,20 Mark je Stück.

Zuzüglich 0,15 Mark Porto.

Bezahlung erfolgt: 1. durch Nachnahme, 2. durch Postanweisung, 3. durch Postscheckkonto: Berlin 104 726 (Nichtzutreffendes bitte durchstreichen.)

Name: ....

Wohnort: .... Poststation: ....

(Name und Poststation genau ausfüllen.)

Ostmärker! Provisionsfrei!

Glänzende Existenzen!

	Anzahlung M.
Hotelgrdst. m. Kond., Bäck. u. Restaur. i. Ostseebad Baabe a. Rügen . . . . . **Pacht:**	4 000
Bäckereigrdst. m. gr. Garten u. Wiese, Nähe Eberswalde . .	22 000
Herrschaftl. Villengrundstück im Blockhausstil i. Hof (Bayern)	25 000
Villa (1930 erbaut), für Sanatorium geeignet, in bekanntem Schwarzwaldbad	35 000
Hausgrundstück (23 Zimmer), für Ferienheim geeign., i. d. deutschen Schweiz . . . . . sfr.	25 000
Villengrdst. (10 Räume) i. Treptow (Toll.)	15 000
Hotel u. Restaur. m. Mineralwasserfabrik i. d. Neumark .	15 000
Geschäftsgrundstück m. Kolonialwarenhdlg., Spirituosenkleinhandel in Kleinstadt Vorpom.	8 000
Villa in bester Lage Potsdams	20 000
Nudel- und Teigwarenfabrik mit kompl. Maschinenpark i. Kreisstadt d. ehem. Waldeck .	n. Vereinbg.
Mühlengrundstück mit Holzwollefabrik in Würtbg. . . .	n. Vereinbg.
Pappenfabrik mit Wohnhaus in Württbg.	n. Vereinbg.
Landhaus m. entzück. Fernsicht a. dem rechten Züricher See-Ufer sfr.	50 000
Landwirtschaft, ca. 76 000 qm, im Kanton Bern (Schweiz) . sfr.	70 000
Mietshaus-Grdst. mit 9 Wohn. in kl. Ortsch. a. d. Ostbahn .	12 000
Fabrikgrdst. mit kompl. Masch.-Park f. Weberei, Dir.-Villa u. Arbeiterhs., b. Lauban,	n. Vereinbg.
Kurhaus (14 Zimmer und reichl. Wirtschaftsräum.) nahe Zürich sfr.	35 000
Villenart. Wohngrdst. in Guben	40 000
Dreifamilien-Villa im Ostseebad Warnemünde (2 Minuten vom Strande)	22 000
Wohn- und Geschäftshaus in Krefeld	13 000
Hotel-Eckgrundst. in Luftkurort Schlesiens	20 000
Grdst. (f. Fleischerei oder Viehgroßhandlung geeign.) im Kurort der Uckermark	20 000
Landwirtschaft (4½ Morg. eig., 36 Morg. Pachtl.) i. d. Altmark	3 000
Wohnhaus-Villa in Vorort von Aarau (Schweiz) . . sfr.	n. Vereinbg.
Landwirtsch. Gut (62 000 qm) bei Lugano (Schweiz)	n. Vereinbg.
Hotelgrdst. in lebh. Ind.-Stadt d. Waldenburger Berglandes .	20 000
2-Familien-Villa in Oberlößnitz b. Dresden	25 000
Pensions-Villa i. Kurpark von Pyrmont	n. Vereinbg.
Bäckerei-Grundst. i. lebh. Ind.-Stadt d. Altmark	7 000
Pensionshaus m. kl. Landwirtsch. in weltbek. Schwarzwald-Ort .	25 000
Gast- u. Pensionshaus (Höhenhotel) im Hochschwarzwald . .	11 000
Metallwarenfabrik m. gr. Lager in zentr. Lage Berlins . . .	30 000

Bild-Prospekte kostenlos.

KOCH & Co., Berlin W 35
Dörnbergstraße 1. Tel.: B2 Lützow 5933.

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin W. 30, Motzstraße 22 — Fernruf: B 5 Barbarossa 9061 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68, Zimmerstraße 7/8.



Ostbund- und Heimatnachrichten

Beilage zu Nr. 7 der Wochenschrift „Ostland“ des Deutschen Ostbundes / 1933.

Entschädigungswesen.

6 % Reichsschuldbuchforderungen.

Wir hatten schon im Schlußsatz unserer letzten Veröffentlichung darauf hingewiesen, daß die Bekanntgabe der Reichstagsauflösung die Kurse der festverzinslichen Werte, besonders die der Reichsschuldbuchforderungen, ungünstig beeinflußt hat. Infolge dieses Umstandes gingen im Laufe der vorigen Woche die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen um mehrere Prozent zurück. Der hierdurch eingetretene Kursabschlag erreichte bei verschiedenen Fälligkeiten sogar eine Höhe von 4—6 v. H. Seit dem Höchststand der Kurse Ende Januar bedeutet das einen Rückgang um rund 10 v. H. Erst durch das Eingreifen des Reichswirtschaftsministers Hugenberg, der in einer Besprechung betonte, daß irgendwelche Maßnahmen bezüglich einer zwangsweisen Herabsetzung der Rentenzinsen von der neuen Regierung nicht geplant sei, trat wieder eine Beruhigung auf dem Rentenmarkt ein. Hierdurch konnten die Reichsschuldbuchforderungen den Kursverlust der letzten Tage teilweise wieder einholen. Da jedoch in Börsenkreisen nach wie vor eine abwartende Haltung bezüglich der Wirtschaftspolitik der neuen Regierung besteht, dürfte von dieser Seite aus kein Interesse für das Anleihegebiet gezeigt werden, so daß in der nächsten Zeit eine größere Steigerung der Schuldbuchkurse wohl nicht eintreten wird; auf der anderen Seite ist aber wohl auch mit einem größeren Rückgang der Schuldbuchkurse kaum zu rechnen, da, wie die letzten Tage gezeigt haben, gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen von der neuen Regierung zu erwarten sind.

Am 7. d. M. hörten wir folgende unverbindliche Verkaufskurse:

	I	II		I	II
1933	99¼ v. H.	99 v. H.	1939	79 v. H.	76 v. H.
1934	98 „	97 „	1940	77 „	75½ „
1935	91 „	91 „	1941	75 „	74½ „
1936	89½ „	89 „	1942	74½ „	74 „
1937	84 „	83½ „	1943—48	73½ „	73 „
1938	83 „	82 „			

Wiederaufbauzuschlag 1944—45 36½ v. H., 1946—48 35 v. H.

Ht.

Bundesnachrichten.

Rundschreiben 1

ist am 30. Januar den Ortsgruppen über die Landesverbände zugegangen. Es enthält wichtige Mitteilungen über die Verhandlungen unserer Bundesleitung und der anderen großen Geschädigtenverbände im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft mit dem Reichsfinanzminister wegen der Schaffung eines Notstandsfonds für Verdrängte sowie den Wortlaut zweier diesbezüglicher Eingaben an den Reichsfinanzminister, ferner eine Eingabe an den Reichstag wegen der Wiederaufrollung des Entschädigungsverfahrens, namentlich auch im Hinblick auf die demnächstige Weltwirtschaftskonferenz, sowie eine Begründung der Forderung nach Wiedereinsetzung des Entschädigungsausschusses auch im neuen Reichstag; endlich einen Notruf aus der alten Heimat. An Einzelmitglieder werden Rundschreiben nicht abgegeben. Die Mitglieder erfahren Näheres über den wichtigen Inhalt des Rundschreibens in den Versammlungen der Ortsgruppen oder beim Vorstand der für sie zuständigen Ortsgruppe.

Glückwunsch des Ostbundpräsidiums an Johanna Wolff.

Das Präsidium des Deutschen Ostbundes hat der Dichterin Johanna Wolff, dem „Hanneken von Tilsit“, anläßlich ihres 75. Geburtstages das nachfolgende Glückwunschschreiben zugehen lassen:

„Sehr verehrte Frau Johanna Wolff!

Zu Ihrem 75. Geburtstage sprechen auch wir Ihnen unsere aufrichtigen und herzlichen Glück- und Segenswünsche aus. Der Allmächtige, der Ihnen die Gnade verliehen hat, daß Sie ein so verhältnismäßig hohes Alter erreicht haben und noch in letzter Zeit glänzende Proben Ihrer Schaffenskraft ablegen konnten, gebe Ihnen ein noch recht langes Leben, erhalte Ihnen Ihre geistige Frische und Schaffensfreudigkeit und gebe Ihnen noch recht viel Glück und Freude und durch Ihr Schaffen die Möglichkeit, recht viel andere auch weiterhin zu beglücken und zu erfreuen.

Wir benutzen erneut diesen Anlaß, Ihnen von ganzem Herzen zu danken dafür, daß Sie, eine Tochter unseres deutschen Ostens, sich immer zu diesem bekannt haben und allezeit tapfer für ihn eingetreten sind, daß Sie auch in der Ferne alles Leid und allen Schmerz Ihrer Landsleute mitgetragen, wie Sie auch die Freude über jeden Lichtblick, der uns im Osten beschieden ist, mitempfinden. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß das liebe, allverehrte ‚Hanneken von Tilsit‘ noch die Freude erleben möge, daß die Bestrebungen einen vollen Erfolg erzielen, die auf die Wiedergutmachung der 14maligen Zerteilung des Ostens gerichtet sind, und die sich insbesondere auf die Beseitigung des unseligen Weichselkorridors richten, der Ihre Heimat Ostpreußen vom Mutterlande in unverantwortlicher und unhaltbarer Weise trennt. Ihre Lieder und Prosawerke haben manches ostmärkische Herz gestärkt und getröstet und in den weitesten Kreisen dazu beigetragen, für echt ostmärkische Art Verständnis und Sympathie zu werben. Darüber hinaus aber hat die Dichterin des unvergänglichen Liedes ‚Ich hatte einst ein schönes Vaterland‘ und vieler ähnlicher Gedichte in echt vaterländischer Weise gewirkt und zum geistigen Aufbau unseres Volkes und Vaterlandes viel beigetragen. Ein starker Geist, eine kraftvolle Seele schwingt in allem mit, was aus Ihrer Feder geflossen ist, und sichert Ihrem literarischen Werke weithin und für immer Beachtung.

Wir danken Ihnen, daß Sie so oft uns in erfreulicher Weise gezeigt haben, wie sehr Sie sich innerlich mit unseren Bestrebungen eins fühlen, und rufen Ihnen in treuer innerer Verbundenheit zu: Gott segne auch ferner Ihr Leben und Ihr Schaffen!“

Aus der Bundesarbeit.

Versammlungskalender.

Ortsgruppe Berlin-Süd: Hauptversammlung am Montag, 13. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Berliner Kindl-Brauerei, Neukölln, Hermannstr. 214—219. Vortrag des Herrn Witthen über: „Ein Streifzug durch das Weltall an der Hand der neuesten astronomischen Forschungen.“

*

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Der **Frauendienst des Landesverbandes Berlin-Brandenburg** besuchte im Januar auf Anregung des Leiters der Kultur-Abteilung, **Herrn Dr. Thiele**, unter seiner und der Leiterin des Frauendienstes, Frau Frida Lanzke, Mitwirkung das Kaiser-Friedrich-Museum zu Berlin, in dem während des Monats Januar eine Ausstellung von Meisterwerken der Webkunst eingerichtet war. Für die Damen des Frauendienstes war es von besonderem Interesse, die Webtechnik der verschiedensten Zeiten und Völker vom Altertum bis zur Gegenwart kennenzulernen, und allseitig wurde das meisterhafte Können der alten Handwerker bewundert. Besonderes Interesse fanden neben den altägyptischen und persischen Stoffen deutsche Kostüme des 18. Jahrhunderts und eine Reihe vorzüglicher Gobelinwebereien des Mittelalters. Der Besuch der Ausstellung hat den Damen neben dem künstlerischen Genuß wertvolle Anregungen für die eigene handarbeitliche Tätigkeit gegeben, und es wurde von allen Seiten der Wunsch laut, alsbald wieder einen Museumsbesuch durchzuführen, bei dem insbesondere solche Sammlungen und Gegenstände besichtigt werden sollen, die neben dem allgemeinen kulturhistorischen Interesse vor allem praktische persönliche Anregungen vermitteln können.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Der geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes Freistaat Sachsen ehrte anläßlich des Weihnachtsfestes im Einvernehmen mit den unterzeichneten Ortsgruppen die Tätigkeit seines früheren Vorsitzenden, Herrn Oberlehrer Arlt-Leipzig durch Überreichung nachstehender Ehrenurkunde: „Dem verdienstvollen und langjährigen Vorsitzenden des Landesverbandes Freistaat Sachsen im Deutschen Ostbund, Herrn Oberlehrer Berthold Arlt in Leipzig, sprechen die unterzeichneten von ihm geführten Ortsgruppen beim Ausscheiden aus seinem Vorstandsamte Anerkennung und Dank für die treue und hingebende Arbeit an der Verwirklichung des ostdeutschen Gedankens aus. Mit ihrem Dank verbinden sie den herzlichen Wunsch, daß er auch fernerhin Träger und Pfleger des ostdeutschen Gedankens bleiben und ihm noch eine Reihe rüstiger Jahre in Gesundheit beschieden sein möge.“ Unterzeichnet haben die Ortsgruppen: Bautzen (Kroll), Chemnitz (Dr. Schmude), Dresden (Fratzke), Stollberg (Erzg.) (Hein), Zeithain (Ackermann) und Zittau (Müller).

Landesverband Rheinland-Westfalen.

Ostausstellung in Gladbeck.

Ortsgruppe Gladbeck. Die Arbeitsgemeinschaft der Grenzlandverbände in Gladbeck, der die Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes, der Saarländer, der heimattreuen Oberschlesier, der Hultschiner, der Deutschösterreicher und der Ost- und Westpreußen angehören, hat in Zusammenarbeit mit der Ortsgruppe des Vereins für das Deutschtum im Auslande eine Ausstellung veranstaltet, die der Bevölkerung Gladbecks ein anschauliches Bild von Land und Leuten der deutschen Grenzgebiete und ihren wirtschaftlichen Verhältnissen, wie von der unnatürlichen Grenzziehung im Osten vermitteln sollte. Die Ausstellung „Deutsches Notland“ wurde am 15. Januar feierlich eröffnet. Das Orchester des Realgymnasiums leitete unter der Stabführung des Herrn Oberstudiendirektors Prof. Dr.

Henrich die Eröffnung mit dem fein dargebotenen 2. Satze der D-Dur-Sinfonie von Haydn ein. Es folgte ein Prolog. Dann hieß Oberstudienrat Dr. Henrich namens der die Ausstellung tragenden Vereine alle Erschienenen herzlich willkommen, besonders die Herren Oberbürgermeister Dr. Hackenberg, Oberbergrat Russel, Oberbergrat Neidhart, ferner die Vertreter der Bezirksverbände der Grenzlanddeutschen und der Presse. Der „M. G. V. Liederkranz“, der eine große Reihe Schlesier unter seinen Mitgliedern zählt, brachte zwei, dem Charakter der Veranstaltung vorzüglich entsprechende Lieder unter Stabführung seines Dirigenten Konrektor K. Wischermann meisterhaft zu Gehör. Oberbürgermeister Dr. Hackenberg führte in seiner Eröffnungsansprache u. a. aus: Das Reich sei im Kampfe gegen die Welt erlegen. Große Gebiete seien ihm entrissen. Der Krieg sei ein großer Lehrmeister für alle geworden. Die Unfähigkeit zu einer Gestaltung der Wirklichkeit durch einen selbstverantwortlichen, gemeinsamen, nationalen Willen habe alle mit einer furchtbaren Schuld beladen. Stützte sich das alte Reich vor allem auf seine Wehrmacht, so könne das entwaffnete deutsche Volk sich nur auf die in ihm wohnende geistige Macht berufen. Diese geistige Macht sei das, was wir Deutschtum nennen. Die Ausstellung zeige uns deutsche Lande, gefährdetes Deutschtum. Sie wecke unsere Erinnerung und rüttele unser Gewissen. Wir wollen uns dem eigenen Volkstum verbunden fühlen und praktisch alles tun, was diese Verbindung erhalten und befestigen kann. Wir erfüllen damit keineswegs eine nur kulturelle Angelegenheit, sondern auch eine eminent politische! Wir haben früher leider das politische Vermögen des Deutschtums außerhalb der Reichsgrenzen niemals voll erkannt und gewürdigt, es sogar meist sträflich vernachlässigt. Gefährdete Grenzlande haben wir nicht zu gewinnen und ihr Deutschtum nicht zu stärken und zu festigen gewußt. Es wäre ein Verhängnis, wenn wir in den alten Fehler zurückfallen würden! Oberbürgermeister Dr. Hackenberg schloß mit einem Hoch auf das deutsche Vaterland; anschließend sang man die 1. Strophe des Deutschlandliedes. Es folgte ein anmutiger Tanz einer Gruppe Saarländerinnen, die dann noch ein saarländisches Volkslied vortrugen. Das Orchester des Realgymnasiums wartete dann mit dem 3. Satz der D-Dur-Sinfonie von Haydn auf. Das Schlußwort sprach der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Josef Thienel. Er dankte allen, besonders dem Herrn Oberbürgermeister, der die Ausstellungshalle zur Verfügung gestellt und die Eröffnungsansprache übernommen habe, Herrn Oberstudiendirektor Prof. Dr. Henrich vom V. D. A., Herrn Huschens vom Verkehrsverein, der den Aufbau der Ausstellung mit glücklicher Hand geleitet habe, dem Orchester des Realgymnasiums und dem M. G. V. Liederkranz. Die Ausstellung war eine Woche lang täglich neun Stunden geöffnet. Jeden Nachmittag von 4 Uhr an wurden Vorträge, Aufführungen usw. von den einzelnen Verbänden geboten. Am 15. Januar veranstaltete die Ostbundgruppe in der Aula des Realgymnasiums eine „Gedenkstunde für die abgetrennten und bedrohten Ostgebiete“. Das Kammerorchester der Musikfreunde (Dirigent Herr H. Wiltberger) gab durch seine vorzüglichen Leistungen der Veranstaltung eine besondere Note. Wohlverdienten Beifall erntete auch Frl. Luise Küpper, die mit wohllautender Stimme, von Herrn Nawo auf dem Flügel begleitet, einige Liedspenden beisteuerte. Der Kulturleiter der Ortsgruppe, Oberstadtsekretär Müller, entbot den Erschienenen den Willkomm, streifte kurz Zweck und Ziel des Ostbundes und erteilte sodann das Wort dem Präsidenten, Herrn Geheimrat Schmid, Berlin, der in interessanten Darlegungen über das Thema „Der Deutsche Ostbund im Kampfe um den Osten und die West-Ostsiedlung“ sprach. Er gab zunächst seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich auch der Ostbund an der Ausstellung „Deutsches Notland“ beteilige. Wenn Deutschland nicht wiederbekomme, was es im Osten verloren, bleibe noch weiteres deutsches Land im Osten ständig bedroht. Redner wies auf die ständige Gefahr hin, die der Korridor auch nach dem Urteile des Auslandes bildet. Die Überlegenheit des Wirtschafts- und Kulturstandes im ehedem preußischen Gebiet Polens gegenüber Kongreßpolen und Galizien sei eine wohlbekannte Tatsache. Geheimrat Schmid kam dann auf die Verdrängung von über 800 000 Deutschen aus Posen und Pommerellen zu sprechen; es sei keine Flucht der Deutschen gewesen. Bei der Übernahme der Verdrängten habe der Ostbund Mithilfe geleistet und etwa 120 000 Vorprüfungen vorgenommen. Redner wandte sich dann der Frage der Kolonisierung im Osten zu. Er sei selbst viele Jahre beim Oberpräsidium in Posen tätig gewesen, wobei er die segensreiche Tätigkeit der Ansiedlungskommission aus nächster Nähe beobachten konnte. Es sei nicht so, als ob noch viel siedlungsfähiges Land im Osten zu kultivieren sei. Fast alles Land, das siedlungsfähig sei, sei bereits in Kultur. Die Siedlung im Osten sei also mehr eine Veredelung, insofern es sich darum handle, nicht mehr lebensfähigen Großgrundbesitz in Bauernbesitz umzuwandeln. Der Bauer sei krisenfester als der Großgrundbesitzer. Der Deutsche Ostbund, der auch die Siedlung betreibe, habe in sechs Jahren 500 Familien auf 30 000 Morgen angesiedelt. Insgesamt seien in der Nachkriegszeit im Osten 40 000 Siedlerstellen auf 3 Mill. Morgen Land geschaffen worden. Der Wille des ganzen deutschen Volkes, so schloß der Redner, müsse in Einheit darauf gerichtet sein, zu erreichen, daß dem Deutschtum und dem Reiche im Osten wiedergegeben werde, was ihm von Rechts wegen zustehe. Der Vorsitzende, Herr Primas, sprach das Schluß- und Dankeswort. Mit der ersten Strophe des Deutschlandliedes fand die Gedenkstunde ihr Ende. — In der Presse hat die Ausstellung, die ein erfreuliches Bild einmütiger Zusammenarbeit der Grenzlandverbände geboten hat, starke Beachtung gefunden. So schrieb z. B. der „Gladbecker Anzeiger“ in einem seiner Berichte unter anderem: „Man muß es der ‚Arbeitsgemeinschaft der Grenz- und Auslandsdeutschen Gladbeck‘ lassen, daß sie es verstanden hat, mit an sich primitiven Mitteln ein fast geschlossenes Bild der Heimat und des entrechteten Deutschlands aufzubauen.... So eindringlich, so plastisch und wirksam ist uns hier das Wesen der abgetrennten Gebiete in Ost und West noch nicht vor Augen geführt worden, haben wir das kulturelle Wollen jener Gebiete, noch nicht begriffen, die wirtschaftliche Struktur noch nicht erkannt, die innige Heimatliebe noch nicht gefühlt, die Menschen, die diesem Boden entstammen, noch nicht verstanden, wie dies durch die Ausstellung ‚Deutsches Notland‘ geschieht. ... Da wird dem Besucher klar, was eigentlich der Korridor bedeutet, was es heißt, daß Oberschlesien zerschlagen, Posen zerstückelt ist, daß Österreich um den Anschluß ans Mutterland ringt, was es heißt, daß überall fremder Einfluß sich geltend zu machen versucht, deutsche Kultur mit Füßen tritt und deutsches Wollen, Fühlen und Denken auszurotten kein Mittel scheut.“

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Senator Dr. Hermann Strunk †.

Am 6. Februar starb nach kurzem Krankenlager der frühere Danziger Kultussenator Dr. phil., Dr.-Ing. e. h. Hermann Strunk im Alter von 51 Jahren. Wenn einstmals die Geschichte des abgetrennten Danzigs geschrieben werden wird, wird kein Historiker an diesem Namen vorübergehen können. Als Strunk am 26. März 1919 das Amt eines Stadtschulrats in Danzig übernahm, verpflichtete ihn der damalige Oberbürgermeister Dr. Sahm in der Stadtverordnetensitzung vom 26. März 1919 mit den Worten: „Ihre Aufgabe wird es sein, im Herzen unserer Jugend den guten Geist der deutschen Schule, der in langen Kriegsjahren stark gelitten hat, wieder zu neuem Leben zu erwecken. Ihre Person und Ihr ganzer Lebenskampf sprechen dafür, daß Sie als ganzer Mann die schwere Aufgabe zum Besten unseres Schulwesens erfüllen werden. Aber Ihre Aufgabe wird hinausgreifen über die Schule.“ — Am 6. Dezember 1920 in den Senat der Freien Stadt Danzig als Senator im Hauptamt gewählt, hat Strunk dieser obersten staatlichen Vertretung der Freien Stadt ununterbrochen bis zum Jahre 1931 angehört. Seit 1924 gehörte er als Mitglied dem Danziger Volkstage an, in dem er als Abgeordneter der Mitte die Deutschliberale Partei vertrat. — Am 19. April 1882 in Dobien bei Wittenberg an der Elbe als Sohn eines Pfarrers geboren, studierte er in Halle erst Theologie, dann Geschichte und Philosophie und bestand dort das erste theologische Staatsexamen, die Doktorprüfung und die Prüfung für das Lehramt an höheren Schulen. Anfänglich als Lehrer in Weißenfels, Erfurt und Wesermünde tätig, wirkte er seit 1914 als Direktor in Pr.-Stargard (Westpr.). Ende März 1919 begann er seine Tätigkeit in Danzig. Abgesehen von seiner amtlichen, rednerischen, organisatorischen und schriftstellerischen Tätigkeit als deutscher Kulturpolitiker und Ostpolitiker, ist er bekanntgeworden durch Arbeiten auf dem Gebiete der norddeutschen Geschichte und Volkskunde, insbesondere der Namenkunde. Als Wissenschaftler war Strunk 2. Vorsitzender des Deutschen Flurnamenausschusses (Dresden), 2. Vorsitzender der historischen Kommission für Ost- und Westpreußische Landeskunde (Königsberg), Mitglied der historischen Kommission für Niedersachsen (Göttingen), Inhaber der Facius-Medaille der Goethe-Gesellschaft (Weimar) und des Ehrenzeichens der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft (Berlin). Um seiner Verdienste um das Deutschtum willen war Hermann Strunk vor einigen Jahren zum Senator der Deutschen Akademie (München) ernannt worden. Er war Ehrenbürger und Ehrendoktor der Technischen Hochschule Danzig und Ehrenmitglied der Deutschen Studentenschaft Danzigs. Als Herausgeber der Heimatblätter des Deutschen Heimatbundes Danzig und der Heimatbund-Vorträge, als Mitherausgeber des Altpreußischen Flurnamensammlers und des Nachrichtenblattes für deutsche Flurnamenkunde, als regelmäßiger Mitarbeiter an Zeitschriften, Korrespondenzen und Zeitungen ist er publizistisch hervorgetreten. Auch als Leiter der Deutschkundlichen Woche in Danzig, die zahlreiche deutsche Schriftsteller, zuletzt die der Kogge, nach Danzig rief, als Vorsitzender des Vereins für das Deutschtum im Auslande, wie als ein allezeit rühriger Förderer des Danziger Theaters und der Kunst in Danzig muß er genannt sein. Hermann Strunk hat den Krieg als Leutnant und Oberleutnant d. R. im Westen und Osten mitgemacht. Sein Tod bedeutet für Danzig einen schweren Verlust.

Oberst a. D. Ernst Engelien †.

Am 1. Februar ist nach kurzem, schwerem Leiden in Schneidemühl Oberst a. D. Ernst Engelien, der sich als Flüchtlingskommissar große Verdienste erworben hat, im 61. Lebensjahre gestorben. Er war am 10. Oktober 1872 in Königsberg geboren, hatte das Gymnasium in Graudenz besucht und war beim Inf.-Regt. 43 in Königsberg 1891 als Fahnenjunker eingetreten und im nächsten Jahre zum Leutnant befördert worden, nach drei Jahren aber zum Eisenbahnerregiment übergetreten. Nach Beförderung zum Hauptmann wurde er zum Großen Generalstab und bald darauf auf drei Jahre zur japanischen Armee abkommandiert. Bei Kriegsausbruch war er Generalstabsoffizier bei der 35. Division in Thorn. Im Weltkriege

war er zunächst Generalstabschef bei der 8. Armee, später bei der Heeresgruppe Lemberg und darauf beim Armee-Oberkommando Kosch (Südrußland). Nach Ausbruch der Revolution nahm er als Brigadekommandeur an den Operationen deutscher Truppen in Kurland teil. 1919 schied er aus dem Heeresdienst aus und stellte sich dem Roten Kreuz zur Verfügung. Dieses ernannte ihn zunächst zum Fürsorgekommissar für das Flüchtlingswesen im Flüchtlingslager in Schneidemühl, das er organisierte. Nach den polnischen Aufständen wurde ihm 1921 die Flüchtlingsfürsorge in Oberschlesien übertragen. 1923 wurde er ins Ruhrgebiet entsandt, um dort die infolge des Franzoseneinbruchs schwierig gewordene Flüchtlingsfürsorge zu leiten. Als er diese Aufgabe zu Ende geführt hatte, übernahm er wieder die Leitung des Schneidemühler Flüchtlingslagers. Hier erwuchs ihm eine neue schwierige Aufgabe durch die Unterbringung der aus Polen ausgewiesenen Optanten. Daß das Schneidemühler Lager für diesen Massenandrang nicht eingerichtet war, war nicht seine Schuld. Er hatte rechtzeitig gemahnt und gewarnt, aus politischen Gründen hatte man aber seinen Vorschlägen nicht stattgegeben. Unter den ungewöhnlich schwierigen Verhältnissen, mit denen er sich abfinden mußte, hat er für die Flüchtlinge immer getan, was er konnte. Das Präsidium des Deutschen Ostbundes hat dies in warmen Worten anerkannt in folgendem, an die Witwe des Verstorbenen gerichteten Beileidsschreiben:

„Es ist uns ein aufrichtiges Bedürfnis, Ihnen zu dem schweren, unersetzlichen Verlust, den Sie durch den Tod Ihres Herrn Gemahls erlitten haben, unser wärmstes Beileid und unsere herzliche Teilnahme auszusprechen. Allzu früh ist mit ihm ein Mann dahingegangen, der sich in Krieg und Frieden große Verdienste um das Vaterland erworben hat, und dem vor allem viele ostmärkische Flüchtlinge für seine großzügige und warmherzige Fürsorge zu großem Dank verpflichtet sind. Durch Geburt und langjährige militärische Tätigkeit mit unserm Osten eng verbunden, hat er als langjähriger Flüchtlingskommissar des Roten Kreuzes in Schneidemühl, in Oberschlesien und im Ruhrgebiet sich der Tausende und aber Tausende ostmärkischer Landsleute, die infolge des polnischen Umsturzes und des Verlustes der uns geraubten Ostgebiete aus ihrer Heimat vertrieben worden waren, angenommen und für sie so gut gesorgt, wie es ihm irgend möglich war. Wenn zeitweilig, wie bei der Optantenvertreibung aus Polen und der Unterbringung dieser Optanten im Flüchtlingslager Schneidemühl die Flüchtlingsfürsorge teilweise versagte, so war es wahrlich nicht seine Schuld. Wohl aber war es zum großen Teil sein Verdienst, daß die Mißstände, die sich für die Flüchtlinge ergeben hatten, so bald wie möglich gemildert und beseitigt wurden. Als amtlich anerkannte Interessenvertretung der ostmärkischen Flüchtlinge haben wir in langjährigem Zusammenwirken immer wieder feststellen können, daß er jedem berechtigten Wunsche zugänglich war und aus nationalem und sozialem Empfinden heraus den vertriebenen ostmärkischen Landsleuten in der furchtbaren Zeit ihrer Heimatlosigkeit das Elend des Lagerlebens zu erleichtern versuchte, wo und wie er nur konnte, und daß er vor allem auch bestrebt war, den Flüchtlingen wieder zu einer bürgerlichen Existenz zu verhelfen. Groß waren die Schwierigkeiten, die er hierbei infolge der schlimmen Zeitverhältnisse nach dem Weltkriege zu überwinden hatte. Aber auch vor scheinbar Unmöglichem schreckte er nicht zurück, und in weitgehendem Maß ist es ihm gelungen, in der Lage der Flüchtlinge Schlimmstem vorzubeugen oder abzuhelfen und durch immer neue Fürsorgemaßnahmen auf dem Gebiet der materiellen und geistigen Fürsorge, der Wiedereinführung der Verdrängten in das Wirtschaftsleben usw., dem ungeheuren Unheil, das die Polen durch ihre Entdeutschungspolitik und die Vertreibung von einer Million deutscher Landsleute aus den uns geraubten Gebieten angerichtet hatten, zu steuern.

Der Name des Verstorbenen wird in der Geschichte der Flüchtlingsfürsorge und des Roten Kreuzes immer einen guten Klang behalten. Wir werden Ihrem verstorbenen Herrn Gemahl ein ehrendes Andenken bewahren, und viele unserer Mitglieder, die sich als Flüchtlinge seiner Fürsorge erfreuen durften, werden sein Andenken segnen und, gleich uns, in Ehren halten.

Möge es Ihnen, verehrte gnädige Frau, ein Trost sein, daß es dem Verstorbenen vergönnt war, seinem Leben einen so reichen Inhalt zu geben und vielen in schwerster Zeit und größter Not Helfer und Berater zu sein.

Wir haben den Vorsitzenden unseres Landesverbandes Grenzmark Posen-Westpreußen, Herrn Oberstudienrat Kremer in Schneidemühl, gebeten, das Bundespräsidium bei der Trauerfeier für den Verstorbenen zu vertreten und ihm auch so in unserm Namen die letzte Ehre zu erweisen.

Das Bundespräsidium:

Ginschel. Schmid.

Oberst Engelien hat sich auch um den Provinzialverein vom Roten Kreuz für die Grenzmark Posen-Westpreußen sowie um den Vaterländischen Frauenverein und die Sanitätskolonne in Schneidemühl große Verdienste erworben. So hat er sich auf den verschiedensten Gebieten als hervorragender Organisator erwiesen. Er war ein Mann von hingebender Nächstenliebe, sozialem Gefühl und steter Hilfsbereitschaft.

Die Beisetzung des Verstorbenen hat am 4. Februar von der Kapelle des Westkirchhofes in Schneidemühl aus stattgefunden.

General v. Strantz, der letzte Kommandierende General des 5. Armeekorps, 80 Jahre alt.

Der in Dessau, Kaiserstraße 28, im Ruhestande lebende General der Infanterie v. Strantz, Chef des 3. Niederschlesischen Infanterie-Regiments Nr. 50, feiert dieser Tage seinen 80. Geburtstag. Hermann v. Strantz wurde am 13. Februar 1853 in Nakel (Prov. Posen), wo sein Vater Major bei einem preußischen Kavallerie-Regiment war, geboren und am 2. August 1870 aus dem preußischen Kadettenkorps dem Leib-Grenadier-Regiment (1. Brand.) Nr. 8 als Portepee-Fähnrich überwiesen, kam am 13. September 1870 zum mobilen Regiment, bei dem er den Feldzug 1870/71 mitmachte, am 2. Januar 1871 Sekondeleutnant wurde und mit dem E. K. II heimkehrte. Durch Adjutantur, Kriegsakademie und Großen Generalstab für die höchsten Führerstellen vorgebildet, war Exz. v. Strantz in vielseitigen Dienststellen tätig. Von 1886—1891 Chef der 9. Komp. 1. Garde-Regiment z. F., 1891—1893 Generalstabsoffizier der 2. Garde-Infanterie-Division, 1893—1897 Kommandeur des II. Batl. Leib-Grenadier-Regiments Nr. 8, 1897—1899 etatsm. Stabsoffizier beim 1. Garde-Regiment z. F., 1900—1903 Kommandeur des 2. Garde-Regiments z. F., 1903—1906 der 2. Garde-Infanterie-Brigade, 1906—1911 der Großherzogl. Hessischen (25.) Division. Am 7. April 1911 unter Ernennung zum Komandierenden General des V. Armeekorps in Posen zum General der Infanterie befördert, brachte Exz. v. Strantz sein Armeekorps auf ein hohes Maß von Kriegstüchtigkeit. Seine vornehme, schlichte Persönlichkeit wirkte stark auf das Offizierkorps des V. Armeekorps ein. Im August 1914 zog Exz. v. Strantz zum zweiten Male nach Frankreich ins Feld. Bis 15. September 1914 führte Exz. v. Strantz sein V. Armeekorps von Sieg zu Sieg, dann wurde er Oberbefehlshaber der Armee-Abteilung v. Strantz (vom 3. Dezember 1916 Abtlg. C) auf der Südostseite von Verdun (im sog. St. Mihièl-Winkel). Alle französischen Angriffe scheiterten in den 2½ Jahren an dem von ihm verteidigten Abschnitt. Wiederholte Krankheitsfälle veranlaßten Exz. v. Strantz, um seinen Abschied zu bitten, der ihm am 2. Februar 1917 unter Ernennung zum Chef des Infanterie-Regiments Nr. 50 bewilligt wurde. Der nun hochbetagte General lebte erst in Wiesbaden, zog dann aber, von den Franzosen ganz ungerechtfertigt zum Kriegsverbrecher gestempelt, nach Dessau. Möge dem hochbetagten Geburtstagskind noch ein langer Lebensabend beschieden sein und er noch den Wiederaufstieg unserer Heimat erleben.

Siegfried von Kardorff 60 Jahre alt.

Am 4. Februar feierte Siegfried von Kardorff, der vom 1. April 1908 bis zum polnischen Umsturz (1. Januar 1920) Landrat in Lissa war und durch seine langjährige parlamentarische Tätigkeit in allen politischen Kreisen bekannt ist, seinen 60. Geburtstag. Während seiner Lissaer Tätigkeit gehörte er der Freikonservativen Partei an. 1909 wurde er in den alten Landtag gewählt. Nach dem Umsturz schloß er sich der Deutschnationalen Volkspartei an, zu deren Mitbegründern er zählte. Aber schon 1920 trat er aus der Partei aus und ging zur Deutschen Volkspartei hinüber. Als Reichstagsabgeordneter war er von 1928 bis zum vorigen Jahre Vizepräsident des Reichstages. Während der Reichskanzlerschaft Brüning geriet er in Gegensatz zu dem Führer seiner Partei, Rechtsanwalt Dingeldey, indem er sich für Brüning einsetzte. Neuerdings steht er dem im vorigen Jahre neu gegründeten Nationalverein nahe, der ein Sammelpunkt der bürgerlichen Mitte werden will. Bei Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit stand er dem vor kurzem verstorbenen Fürsten Hatzfeld, Herzog von Trachenberg, nahe. Da sein Vater dem Fürsten Bismarck freundschaftlich nahegestanden hatte, hat Siegfried von Kardorff in Vorträgen und Publikationen, die Tradition seines Hauses pflegend, sich häufig über Bismarck und seine Politik ausgelassen, neuerdings erst wieder in seiner Schrift „Fürst Bismarck und der Kulturkampf". Im übrigen galt sein besonderes Interesse seit jeher Wahlrechts- und Verfassungsfragen und neuerdings auch der Reichsreform. Vor einigen Jahren hat er sich mit Frau von Oheimb vermählt, die früher ebenfalls der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei angehörte und die neuerdings eine Nationale Arbeitsgemeinschaft der politischen Frauenschule in Berlin gegründet hat, vor der Herr von Kardorff wiederholt über aktuelle Fragen der Tagespolitik gesprochen hat. Während seiner Wirksamkeit als Landrat in Lissa hat er sich stets für eine aktive zielbewußte Ostmarkenpolitik eingesetzt. Sein Interesse für eine solche blieb auch später lebendig und kam auch in seiner parlamentarischen Tätigkeit zum Ausdruck.

Professor Albert Goedeckemeyer 60 Jahre alt.

Der Philosoph Professor Albert Goedeckemeyer in Königsberg konnte am 2. Februar seinen 60. Geburtstag feiern. Er stammt aus Springe bei Hannover, hat aber fast die ganze Zeit seiner Tätigkeit als Hochschullehrer in unserm Osten verbracht, da er schon 1908 (8 Jahre, nachdem er sich habilitiert hatte) als ordentlicher Professor, Ordinarius für Philosophie, an die Universität Königsberg-Preußen berufen wurde, wo er noch heute wirkt. Seine zahlreichen Arbeiten betreffen hauptsächlich die Geschichte der Philosophie und die Kantforschung. Zum Kantjubiläum 1924 hat er die Festschrift der Königsberger Universität herausgegeben, nachdem er vorher u. a. schon „Kants Lebensanschauung in den Grundzügen" (1921) dargestellt hatte. Sehr bekannt geworden ist auch sein 1930 erschienenes Werk „Zur Frage einer philosophischen Weltanschauung".

Mittelschullehrer Fleischer †.

Am 4. Februar ist plötzlich infolge eines Gehirnschlages der 1. Vorsitzende unserer Ortsgruppe in Fürstenwalde a. d. Spree, Herr Mittel-

schullehrer Fleischer, Fürstenwalde, Tuchmacherstraße 15, gestorben. Herr Fleischer, der früher schon eine andere Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes geleitet hat, war erst vor kurzem zum Vorsitzenden der Ortsgruppe Fürstenwalde gewählt worden. Es bestand die Aussicht, daß er durch tatkräftige Wahrnehmung des Vorstandsamtes sich zu einem tüchtigen Vertreter der Interessen der Mitglieder und der Ostsache überhaupt entwickeln würde. Um so schmerzlicher ist für die Ortsgruppe wie für den Ostbund sein allzu frühes Dahinscheiden. Wir werden dem Verstorbenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Geschäfte führt bis auf weiteres der 2. Vorsitzende, Herr Mühlenbesitzer Bruno Retzlaff, Mühlenbrücken Nr. 6.

Geheimer Sanitätsrat Dr. Carl Augstein †.

In Labiau (Ostpreußen), wo er sich nach seiner Verdrängung aus Bromberg infolge des polnischen Umsturzes niedergelassen hatte, ist am 2. Februar der Geheime Sanitätsrat Dr. Carl Augstein gestorben. Er hat am 1. April v. J. seinen 80. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlaß haben wir in Nr. 12/32 unserer Zeitschrift einen kurzen Artikel über ihn gebracht, in dem wir darauf hinwiesen, daß Dr. Augstein als Augenarzt weit über die Grenzen Brombergs hinaus angesehen war und daß er wiederholt durch Vorträge auch an die Öffentlichkeit getreten ist, insbesondere in der Abteilung für Literatur der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft, deren Mitbegründer und Vorstandsmitglied er war. Er hinterläßt außer seiner Frau, einer Tochter des verstorbenen Sanitätsrats Jacoby in Bromberg, drei Söhne und eine Tochter sowie 11 Enkelkinder.

Zeitungsverleger Dr. h. c. August Madsack †.

Am 5. Februar ist der Verleger des „Hannoverschen Anzeigers“ (den er vor 40 Jahren gegründet und zu großem Erfolge gebracht hat), Dr. h. c. August Madsack in Hannover infolge eines Schlaganfalles plötzlich gestorben. Am 16. Dezember 1857 in Hirschfeld (Ostpreußen) geboren, entstammte er einem alten evangelisch-lutherischen bäuerlichen Geschlecht, das seit 300 Jahren in der Elbinger Gegend ansässig ist. Er fühlte sich mit der Ostmark dauernd innig verbunden und war unserer Ortsgruppe Hannover sowie unserm Landesverband Hannover-Braunschweig ein eifriger, warmherziger Förderer. In Anerkennung seiner Verdienste um die ostmärkische Sache hat ihn unsere Ortsgruppe Hannover zum Ehrenmitglied ernannt, während die Bundesleitung ihm vor einigen Monaten die silberne Ehrennadel, die höchste Auszeichnung des Bundes, verlieh. Wir beklagen den allzu frühen Verlust dieses unermüdlich tätigen Mannes, der in seiner neuen Heimat stets für seine alte ostmärkische Heimat eintrat, und der unter den Zeitungsverlegern eine hochangesehene Rolle spielte, auf das lebhafteste. Er war, bevor er als 35jähriger nach Hannover kam, am „St. Petersburger Herold“, an der „Revaler Zeitung“ und am „Rigaer Tageblatt“ lange Zeit tätig gewesen und brachte daher bis an sein Lebensende dem Deutschtum nicht nur in der Ostmark, sondern auch im Baltikum und dem gesamten Auslands-Deutschtum das größte Interesse entgegen.

*

Geboren: Eine Tochter: Dr. med. Robert Weise in Posen.

Vermählt: Rittergutsbesitzer Dr. Walther Kunert und Gisela von Manteuffel in Klettendorf, Krs. Schweidnitz.

Silberne Hochzeit: Die Eheleute Paul und Gertrud Gliese, früher Thorn, jetzt Berlin-Tempelhof, Braunschweiger Ring 141, am 12. 2.; das Georg Rechsche Ehepaar in Bablin, Krs. Obornik, am 4. 2.; Landwirt Gustav Weidner und Ehefrau in Semlin b. Rathenow, früher Schubin.

Goldene Hochzeit: Eisenbahnbeamter a. D. Georg Müller und seine Ehefrau Dorothea, geb. Friedrich, in Zaborowo, Krs. Lissa; Schleusenmeister i. R. Carl Rusch und Frau in Schneidemühl, Eichblattstr. 8; das Ehepaar Rentenempfänger Emil Maas in Schneidemühl, Posener Str. 19; Kleinrentner Ernst Ortel und Ehefrau Berta, geb. Stieler, in Berlin-Mahlsdorf, Langestr. 51, früher Milostowo, Krs. Birnbaum, am 8. 2.; das Landwirt Gottlieb Dargelsche Ehepaar in Modliborzyce, Krs. Tremessen.

Eiserne Hochzeit: Der pensionierte Eisenbahnbeamte Joseph Ossowski in Bromberg, Chausseestraße (Grunwaldzka) 65, mit seiner Ehefrau Maria (O. hat den Krieg 1870/71 mitgemacht, ist Ritter des Eisernen Kreuzes und konnte das 65jährige Ehejubiläum noch rüstig und frisch feiern).

Bejahrte Ostmärker: Frau Oheim, Kassel, Pappenheimer Str. 1, früher Graudenz, am 11. 1. 76 J.; Frau Braun, Kassel, Holländische Straße 50, früher Poburke/Wirsitz, am 13. 2. 60 J.; Frau Berta Lienig, geb. Spitzer, Gattin des Rentiers August Lienig, in Bunzlau, Schützenstr. 7, früher Langenolingen, Krs. Gnesen, am 16. 2. 71 J.; Rentner Berwin im Latzschen Altersheim in Posen am 7. 2. **103 J.** (B. ist der älteste Einwohner Posens; dem „Posener Tageblatt“ zufolge ist er geistig noch recht frisch und weiß aus seiner Jugendzeit Interessantes zu erzählen); Oberlandjägermeister i. R. Eduard Wenzel in Erkner, geb. in Kozlonka, Krs. Wongrowitz, Dienst im Posenschen und in Oberschlesien, am 7. 2. 70 J. (an Auszeichnungen erhielt W. das Verdienstkreuz für Hilfsdienst im Weltkriege, das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber, das Verdienstkreuz für 21jährige Militärdienstzeit und die Erinnerungsmedaille an Kaiser Wilhelm I.; seit 11 Jahren eifriges Mitglied im Deutschen Ostbund); Altsitzer Seiler in Waldhöhe b. Moschin am 29. 1. 93 J. (S. ist körperlich und geistig noch frisch und konnte in der letzten Ernte beim Mähen helfen); Frau Wilhelmine Dahlke in Potsdam, Lennéstr. 77, am 9. 2. 70 J.; Frau Wenzel in Potsdam, Sigismundstr. 46, Gattin des im vergangenen Jahre 80 Jahre alt gewordenen Obergerichtsvollziehers i. R. W., früher Posen, am 14. 2. 80 J.

Gestorben: Oberpostschaffner Otto Kleige, Berlin-Tegel, früher Borruschin und Ritschenwalde, am 5. 2. 53 J.; Frau Toni Tamke, geb. Weiß, Witwe des am 1. 3. 32 verstorbenen Lehrers und Kantors i. R. Fürchtegott Tamke in Berlin-Lichtenberg, früher Neustadt b. P., am 29. 1., 77 J.; Frau Mathilde Tietz, geb. Lorenz, in Posen am 2. 2., 90 J.; Veteran Josef Krause in Samter am 28. 1.; Studienrat Alfred Baumgart in Görlitz am 1. 2., 41 J.; Altsitzer Karl Goerke in Ziegellack (Westpr.) am 31. 1., 81 J.; Rektor i. R. Hermann Seidel in Breslau; Fabrikbesitzer Rudolf Boldt in Stargard; Major d. R. a. D. Werner Michaelis in Rochow b. Ueckermünde; Regierungsrat Dr. jur. Georg Hoffmann in Görlitz; Altveteran Ferdinand Koch in Sturmen am 27. 1., 90 J. (K. hat als Dragoner den Krieg 1870/71 mitgemacht und war in der Schlacht von Gravelotte Ordonnanz beim Stabe); Landwirt Gustav Dahlke in Drebkau, Krs. Calau, früher Miloslowitz I, Krs. Wongrowitz und Königl. Szczytnik b. Gnesen, am 1. 2., 67 J.; Philipp Itzig in Neidenburg am 1. 2., 71 J.; verw. Schornsteinfegermeister Pauline Matull, geb. Wernicke, in Braunschweig, Madonnenweg 100, früher in Schmiegel, am 27. 1., 79 J.; Frau Ida Becker in Stechow b. Rathenow, früher Paulsdorf b. Buk., am 4. 12. 32, 53 J.; Tischlermeister Gustav Jaensch in Rathenow, früher Gnesen, am 6. 1., 63 J.; der langjährige Leiter der Fortbildungs- und Berufsschulen in Forst, Direktor Theodor Block, am 5. 2.; Frau Klara Kriese, geb. Gieseler, in Posen am 5. 2., 75 J.; Kaufmann Oskar Engel in Berlin-Rosenthal, früher Posen, am 1. 2.

*

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Bromberg. Im Laufe der letzten Wochen sind bei der Bromberger Stadtverwaltung zahlreiche Unterschlagungen aufgedeckt worden. Erst vor wenigen Tagen wieder wurde eine Unterschlagung von 14 000 Zloty in der Wohlfahrtsabteilung des Magistrats festgestellt. Ferner wurde ein Beamter der Grundstücksabteilung verhaftet, weil er die Stadt um mehrere tausend Zloty geschädigt hat. Der neue Stadtpräsident, der erst vor wenigen Wochen sein Amt übernommen hat, bemüht sich, dieser Mißwirtschaft ein Ende zu machen.

Hohensalza. Vor einigen Wochen tauchten hier mehrere Männer auf, die sich für Reisende einer Textilfirma in Rybnik (Ostoberschlesien) ausgaben und Bestellungen entgegennahmen. Gleichzeitig schlossen sie Bekanntschaft mit jungen Mädchen, denen sie Stellung in Rybnik ver- eingestellt seien und ihr Eintreffen erwartet werde. Die beiden Mädchen auf Briefbogen einer Rybniker Firma die Mitteilung, daß sie eingestellt seien und ihr Eintreffen erwartet würde. Die beiden Mädchen reisten daraufhin ab und sind bisher spurlos verschwunden.

Posen. Wie das „Posener Tageblatt“ meldete, würde das Teatr Polski am 31. Januar geschlossen werden, weil die Besucherzahl in der letzten Zeit außerordentlich stark gesunken ist.

Aus Ostoberschlesien.

Kattowitz. Ostoberschlesische Kinder, die zu einer Weihnachtsfeier über die Grenze ins reichsdeutsche Nachbardorf gegangen waren, wurden am Grenzübergang bei Kunzendorf von polnischen Zollbeamten angehalten, die ihnen sämtliche Weihnachtsgeschenke abnahmen und beschlagnahmten, da die Einfuhr der Dinge verboten sei. Es handelt sich bei den Geschenken aber vielfach um Gegenstände, die gar nicht beschlagnahmt werden können, da ihre Einfuhr in den geringen Mengen zollfrei erfolgen kann. Es handelt sich offensichtlich um eine Schikane der Zollbehörde.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin W. 30, Motzstraße 22 (Fernruf B 5 Barbarossa 9061). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW. 68.